

- BROSCHÜRE -

SOLIDARITY WITHOUT LIMITS

NATIONALISMUS IST KEINE ALTERNATIVE

3oct.net



AKTIONEN GEGEN DIE EINHEITSFEIER IN DRESDEN

2.-3.OKTOBER 2016

...ums Ganze!

NATIONALISMUS
IST KEINE
ALTERNATIVE

MAKED BY FRIEDRICH SCHÜTZ UND ANDERES

Editorial

Solidarity without limits ist eine Dresdner Vernetzung linksradikaler Gruppen gegen die Festung Europa und für ein solidarisches Zusammenleben ohne Rassismus, Sexismus und Ausbeutung. Teil der Vernetzung ist auch critique'n'act, eine lokale Föderation, die Teil des Bündnisses »...umsGanze!« ist. Diese Broschüre versammelt Beiträge zu unseren Inhalten, Kritiken, Debatten und Ausblicken. Anlass ist unsere Kritik an den Feierlichkeiten zum 3. Oktober 2016 in Dresden.

Impressum

Broschüre "Solidarity without limits – Nationalismus ist keine Alternative"
Gegen die Einheitsfeier in Dresden
Dresden, August 2016

Redaktion: Arbeitskreis Broschüre im Bündnis Solidarity without limits

Homepage: <https://3oct.net/>

Twitter: 3oct@swl_nika

Vielen Dank an alle Autor*innen, Unterstützer*innen und die Grafiker*in!

Inhalt

- 4 **Solidarity without limits, Aufruf**
- 6 **Glücksversprechen versus deutsche Realität.**
Oder: Wieso hasst ihr Deutschland nicht alle?
Undogmatische Radikale Antifa
- 10 **Solidarität muss politisch werden**
– Für einen konsequenten Antirassismus!
ausser kontrolle – Gruppe für einen neuen Internationalismus
- 14 **Recht auf Stadt für alle!**
gruppe polar
- 18 **Grenzen nach dem Mauerfall**
Rassistische Kontinuitäten im Einheitstrubel
Dresden Postkolonial
- 22 **Sächsische Verhältnisse aufmischen**
– das Beispiel der „Time to Act“-Kampagne
the future is unwritten, Leipzig
- 26 **Die Festung endet vor Südosteuropa**
Von struktureller Ausgrenzung zu Abschiebungen in die
postjugoslawischen Staaten
Gegen Antiromaismus
- 30 **Wasteland United!**
Undogmatische Radikale Antifa
- 34 **Nach dem Tortengate: Um was es geht**
TOP B3rlin
- 38 **Gerücht und Objektivität in Zeiten völkischer Mobilmachung**
gruppe polar
- 42 **Autor*innen**

SOLIDARITY WITHOUT LIMITS

– NATIONALISMUS IST KEINE ALTERNATIVE

Am 3. Oktober will sich die deutsche Nation wieder selbst feiern. Dieses Jahr findet das zentrale Event der Einheitsfeierlichkeiten unter dem Motto „Brücken bauen“ in Dresden statt. Brücken sind eine gute Sache. Sie machen eine sichere Reise möglich. Man könnte viele Brücken bauen, z.B. über das Mittelmeer, und damit das Leben von zehntausenden Flüchtenden und Migrant*innen retten. Darüber nachzudenken, wie alle Menschen sicher das Mittelmeer überqueren könnten, wäre besonders am 3. Oktober, dem 3. Jahrestag des Bootsunglücks von Lampedusa, ein Anfang, um mit der europäischen Abschottungspolitik Schluss zu machen. Aber in Dresden wird es nicht darum gehen. Stattdessen soll mit dem üblichen Tam-Tam die vermeintliche Einheit von Kultur, Tradition, Staat und Bevölkerung herbeigefeierte werden. In der Realität sieht das ganz anders aus: Die deutsche Gesellschaft polarisiert sich, in Staat und Gesellschaft erfahren autoritäre und ausgrenzende Tendenzen Aufwind und die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Alles gute Gründe am Wochenende des 3. Oktobers die Einheitsfeiern in Dresden kritisch zu begleiten. Denn das Gastgeberland Sachsen lädt offiziell zum „Tanz“.

Dresden: Hauptstadt der Vergangenheitsüberwältigung

Sachsen wurde durch Pegida, Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte und den immer wieder wütenden rechten Mob zum Sinnbild des Rechtsrucks in Deutschland. Und noch viel mehr: Die Landeshauptstadt Dresden ist zum Symbol und Ausgangspunkt der Restauration des neuen deutschen Nationalismus geworden: Von den „Jubelsachsen“ beim ersten Besuch Helmut Kohls, über das revisionistische Gedenken an die Bombardierung der Stadt am 13. Februar — was dem Otto-Normal-Deutschen endlich wieder die Berechtigung gab, sich als Opfer des II. Weltkriegs zu fühlen —, bis hin zum Hofieren des rechten Mobs durch Dialog-Foren der Landesregierung zum gegenseitigen Streicheln der Ressentiments zwischen Regierung und Bürger*innen. Mit erneuertem nationalen Selbstbewusstsein agiert die Bundesregierung als Befehlshaberin Europas in der Krise, während die Bevölkerung endlich wieder Nationalstolz zeigen und nationale Souveränität fordern kann.

Die Krise und der Rechtsruck

Der Aufschwung des Rechtspopulismus in Sachsen und Deutschland reiht sich jedoch lediglich in eine gesamteuropäische nationalistische Entwicklung ein, die ihren neuerlichen Ausgangspunkt im Ausbruch der Wirtschafts- und EU-Krise 2007 fand und seitdem nicht aufhört. In dieser Krise wurde Deutschland zum Taktgeber des sozialen Kahlschlags und Leistungszwangs, bestehend aus Privatisierung und Angriffen auf die Rechte der Lohnabhängigen. Vorbilder für die Austeritätspolitik gegen Griechenland sind Hartz-IV und die mit der Wende beginnende Abwicklung der DDR und anderer Länder Osteuropas, in denen die ehemals staatlich gesteuerte Wirtschaft im Schnellverfahren dem kapitalistischen Markt unterworfen wurde. Damals dienten die Maßnahmen der Integration in den neoliberalen Wirtschaftsstandort Deutschland. Heute soll der deutsche Standort Europa heißen. Auf dem Weg zu einem Europa unter deutscher Hegemonie war selbst die parlamentarische Demokratie immer wieder eine Hürde — und wurde in den Ländern Südeuropas durch die Troika mehrfach überrollt. Jede noch so kleine Alternative zum Sparkurs wurde somit im Keim erstickt. In diesem Fahrwasser häufen sich — wenig verwunderlich — die Erfolge von völkischen Parteien und Bewegungen. Denn die allerorten von den Regierenden gepflegten Ressentiments vertreten doch letztlich die Profis der Abschottung, Armut und Ausgrenzung noch glaubwürdiger. Die (hetero-)sexistischen und rassistischen Feindbilder überschlagen sich, die soziale Kälte nimmt zu und die Wohlstandschauvinist*innen unterschiedlicher politischer Lager geben sich weiter die (rechts-)populistische Klinken in die Hand.

Crisis is coming home

Deutschland ist bisher als Gewinner aus der Wirtschaftskrise hervorgegangen und konnte die Lasten des eigenen Erfolgs auf andere Regionen, Lohnabhängige und prekäre Klassen abwälzen. Die vielfältigen Widersprüche und das Elend des kapitalistischen Normalvollzugs und seiner Staatsapparate treten jedoch wieder so offen zu Tage wie seit langem nicht mehr. Und zunehmend befinden sich die elitäre parlamentarische Demokratie und die technokratisch-neoliberale EU in einer Legitimationskrise, die nicht nur hierzulande vor allem von der politisch Rechten genutzt wird. Inmitten der Krise der Repräsentativdemokratie, brutaler Verarmung selbst in den kapitalistischen Zentren, aggressiver Abschottung an den Grenzen und völkischer Stimmungsmache „tanzt“ die versammelte Gemeinde der neoliberalen Nationalist*innen, um die Alternativlosigkeit zu feiern. Nebenan wüten völkische Nationalist*innen und propagieren ihre „Alternative“ zum Standortnationalismus.

Das schreit nach radikaler Kritik! Nationalismus ist keine Alternative!

Sachsen lädt ein: Let's crash their party! Grenzenlose Solidarität statt nationalem Korsett!
Bringen wir die Verhältnisse zum Tanzen!

Glücksversprechen versus deutsche Realität. Oder: Wieso hasst ihr Deutschland nicht alle?

Deutschland feiert sich und kaum eine*r stört sich daran. Nachdem die Ideen einer gerechten und freien Gesellschaft mit Füßen getreten wurden, galt mit dem Fall Mauer das Glücksversprechen der kapitalistischen Heilslehre nun auch für die, die im Schatten der Mauer 40 Jahre lang Mangel leiden mussten. Mit dem Fall des real existierenden Sozialismus und dem damit einhergehenden Ende der Geschichte¹ hat sich der Kapitalismus im Wettstreit der Ideologien angeblich durchgesetzt. Demokratie und Marktwirtschaft haben gewonnen - Diktatur, Willkür und Terror sind für immer überwunden.² Widersprüche im Hier und Jetzt? Gibt es nicht (mehr), die unsichtbare Hand wird es schon richten. Wenn wir einmal ausblenden, dass Fanatiker*innen im Namen Allahs und Arschlöcher wie beispielsweise Orbán, Putin und Erdoğan den Sieg über Diktatur, Willkür und Terror gekonnt ausblenden, und dass der Kapitalismus ein einziger Widerspruch in sich ist, wäre man fast geneigt den Prediger*innen des freien Marktes Recht zugeben. Egal!

Nach der „Wende“ stand dem kleinen Bruder nun offiziell die ganze Welt offen, war der Plattensee nicht mehr das Ende der Welt und Bananen wuchsen nun das ganze Jahr auch in der Uckermark. Blühende Landschaften sollten „wieder“ entstehen, „in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.“³ Hier könnte jetzt die Frage gestellt werden, auf welchen Teil der deutschen Geschichte Kohl mit seinem „wieder“ abzielte, allerdings würde dies hier zu weit führen. Tatsache ist, dass die aktuelle Etappe des deutschen Sonderweges mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die gemütlichste und wohlrigste Etappe bisher ist. Seit 71 Jahren herrscht Frieden auf deutschem Boden, der bürgerlich-kapitalistische Rechtsstaat postuliert die Garantie von Freiheit und Demokratie und der deutsche Normalvollzug wird tatsächlich ohne größere Störungen aufrecht erhalten.

Bestes Schland ever? – Das Glücksversprechen ...

In den hiesigen Breitengraden kann durchaus festgehalten werden, dass wir in Zeiten leben, die, objektiv betrachtet, noch nie so friedlich und propper waren wie die heutigen. Wie gesagt: Kein Krieg auf deutschem Boden seit 71 Jahren. Wenn du dir nur genug Mühe gibst, ein paar Grundregeln beachtest und mit angespitzten Ellenbogen durch das Leben gehst, kannst du hierzulande angeblich alles erreichen. Die Regale sind voll, Benzin ist billig und kik gleich um die Ecke. Hier, im Land der Gewaltenteilung, existiert auf dem Papier durchaus eine gerechte Gesellschaftsform, in der positive wie negative Freiheiten gewährleistet sind und Menschen - mit deutschem Pass - den Schutz ihrer Grundrechte zur Not auch einklagen können. Doch auch „Nichtdeutsche“ und Minderheiten genießen hierzulande einen nie dagewesenen Rechtsschutz, wenn auch der Schutz des Privateigentums immer noch allerhöchste Priorität besitzt. Politische Verfolgung, im großen Stil, gibt es auch nicht mehr, wieso auch? Dissidentes Verhalten ist heutzutage nicht sonderlich en vogue⁴, man kann es sich ja schließlich schön gemütlich einrichten im Falschen. Der Arbeitsmarkt ist entspannt und die offiziellen Arbeitslosenzahlen konstant gering. Das ist gut, besteht doch in der (Lohn-)Arbeit - im Kontext des protestantischen Arbeitsethos – der Sinn des Lebens und größter Quell persönlicher Glückseligkeit. Der deutsche Staatshaushalt ist ausgeglichen und das soziale Netz, im Vergleich zu vielen anderen Ländern, immer noch recht engmaschig.

Deutschland hat es endlich geschafft sich einen Platz an der Sonne zu verschaffen, die deutschen Einflussphären sind so groß wie nie – und das alles ohne Angriffskrieg. Im politischen Wettstreit der Zwangsanstalten gibt Deutschland, zumindest in der EU, den Takt vor, und selbst als gütiger und gönnerhafter Helfer kann sich aufgespielt werden, sind „wir“ doch sooo fleißig und die europäischen Vorzeigedemokrat*innen. Im Zuge der „Flüchtlingskrise“ konnte sich zu guter Letzt selbst Otto-Normal-Kartoffel als Mutter Teresa aufspielen, bevor man infolge der Silvesternacht von Köln endlich wieder herzhaft geifern und hasSEN durfte.

... und die Realität

Alles gut also im Deutschen Haus? Mitnichten! Auch wenn sich das deutsche Kollektiv dank exportierter Arbeitslosigkeit und Lohndumping als Krisengewinner präsentiert, der Traum vom guten Leben, welches der Kapitalismus für alle bereit halten soll, ist längst ausgeträumt. Die unsichtbare Hand, lediglich bürgerlich-kapitalistische Ideologie. Gewirtschaftet wird nicht zum Wohle aller, sondern zur Kapitalakkumulation weniger. Das Glücksversprechen, eine Mär. Selbst der Spruch: „Jede*r kann reich werden, nur eben nicht alle.“ ist falsch. Es geht schon damit los, dass die Grundvoraussetzung zur Glückssuche nicht sonderlich fair sind. Allein der Zugang zu (Aus-)Bildung ist abhängig von sozialem Stand und/oder vermeintlicher Herkunft. So sind die Hürden für einen Mehmet höher als die eines Christians, wenn es darum geht eine Ausbildung oder einen Job zu finden. Vor den selben Problemen stehen Kids aus prekären Verhältnissen. Hinzukommt, dass Frauen* in Sachen Lohn und Arbeitsbedingungen immer noch ungleich behandelt werden. In der Regel bekommen Frauen*, deren Aufgabe meist immer noch in der Reproduktion⁵ gesehen wird, weniger Lohn für die selbe Arbeit als Männer. Zudem

haben weiße Hetero-Männer nicht mit (Alltags-)Diskriminierung zu kämpfen. Aber auch das sogenannte Ost-West-Gefälle ist Realität, und das, gerade im Osten, beliebte Spiel Stadt-Land-Flucht steht den blühenden Landschaften nicht selten entgegen. Aber immerhin kannst du, zum Glück, überall hin, wenn du es dir leisten kannst. Über das Steuer- und Abgabensystem hierzulande wollen wir uns hier nicht groß auslassen. Doch halten wir kurz fest, dass Steuergerechtigkeit und Solidaritätsprinzip anscheinend Auslegungssache und sehr dehnbare Begriffe sind. Der bis heute wohl gelittene Sozialstaat wird immer weiter erodiert und verkommt zusehends zu einem Sanktionierungsapparat für die, die sich dem Verwertungsprozess nicht unterordnen können oder wollen. So wurde die sogenannte Hartz-IV-Regelung auch 2016 wieder verschärft und die Persönlichkeitsrechte der Hartz-IV-Empfänger*innen weiter beschnitten. Naja, wenn das Leben, wie ständig propagiert, im Dienst der Arbeit zu verstehen ist, ist halt auch der Zwang zur Arbeit legitim. Aber auch Dritten, die sich der Auskunft über ihre ALG II beziehenden Mitbewohner*innen und Nachbar*innen verweigern, drohen bis zu 5000 Euro Bußgeld.⁶ Doch nicht nur Sanktionen und Bußgelder machen den „Unnützen“ zu schaffen. Hartzter*innen und Menschen in Lohn und Brot werden permanent gegeneinander ausgespielt, indem ständig das Bild der faulen, arbeitsscheuen Prols reproduziert wird – „Asozialen-Sightseeing“ erreicht im Privatfernsehen regelmäßig hohe Einschaltquoten – und denen, die nichts haben, die Schuld daran gegeben wird, dass der Sozialstaat schrumpft. Im Gegenzug wird auf diese Weise denen, die einer Lohnarbeit nachgehen, ständig vor Augen geführt, dass dieses Leben auch ihnen droht, wenn sie sich nicht einordnen – Sanktionen des Jobcenters und Hartz-IV-Dschungel als Drohkulisse. Die Angstmache vor dem sozialen Abstieg ist für Vater Staat zwar nützlich, aber auch gefährlich, da bei unzufriedenen Bürger*innen immer auch die Gefahr besteht, dass sie aufbegehren könnten. Um dem Vorzubeugen, gibt es das konstruierte „Wir“ der deutschen Werte- und Schicksalsgemeinschaft. Denn in dem unübersichtlichen, globalisierten Wettstreit der nationalen Zwangsanstalten, in dem „die Anderen“ an „unseren“ Honigtopf wollen, muss der Volkskörper, über jeden inneren Zwist und jegliche Ungleichverteilung hinweg, zusammenstehen. Denn: niemand beißt die Hand, die eine*n füttert!

Quo vadis?

Wir wollen hier nicht in Reformismus verfallen, Regulativ des Sozialstaates spielen oder gar mehr Staat fordern. Wir wollen Aufzeigen, wie weit Anspruch und Wirklichkeit des Hier und Jetzt auseinander klaffen! Ausgrenzung, Abwertung und Ungleichverteilung sind keine unschönen Zufälligkeiten. In einer Gesellschaftsordnung, die auf Ausbeutung und Konkurrenz basiert, sind diese Phänomene schlicht die logische Konsequenz eben jener Ordnung. Dies muss die radikale Linke schaffen in die Breite der Gesellschaft zu transportieren, ohne in verkürzte Erklärungsansätze zu verfallen. Wir wissen um die Tatsache, dass die „Revolution“, so wie wir sie uns wünschen, nicht vor der Tür steht. Deswegen muss eine radikale Linke, will sie die Zustände zum Besseren hin umwerfen, vom verranzten Elfenbeinturm runter und raus aus den Alternativen/Autonomen Zentren. Auch wenn sichere Rückzugsräume im Kampf für eine bessere Welt unverzichtbar sind, müssen wir uns den Widersprüchen zwischen den eigenen Ansprüchen und der Realität stellen und versuchen einen Umgang mit ihnen zu finden.

Ziel muss es sein, dem Katechismus des Kapitalismus etwas entgegenzusetzen, was dessen perfide Logik nicht nur für einige wenige transparent macht. Aber nicht nur. Es muss ebenso Ziel sein, dass Solidarität und Empathie wieder Praxis werden, nicht nur, wenn es mal wieder zum nächsten Soli-Cocktail-Stand geht. Trotz alledem dürfen wir dabei nicht den Fehler begehen hinter unsere eigenen Ansprüche und Standards zurückzufallen. Reformismus ist keine Alternative!

-
- [1] Fukuyama, Francis, 1992: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir jetzt? München
 - [2] Denn was Gewalt ist und was nicht, bestimmt euer Gesetz. Und das ist es, dem niemand von uns traut!“ Kapitulation B.o.N.n. , “die Abrechnung” Album: “Feuer” 2005
 - [3] <http://www.helmut-kohl.de/index.php?msg=555>
 - [4] Nein! (Neo-)Nazis, Pegida, AfD & Co. sind niemals dissident, da von „rechts“ keine radikale Kritik an den bestehenden Zuständen kommen kann und deren Ideen immer Gewalt, Macht und Herrschaft (re-)produzieren werden.
 - [5] Gemeint ist hier die Reproduktion von Leben, der Arbeitskraft des Mannes – durch Haushalt & Co. – sowie der Reproduktion der eigenen Arbeitskraft, durch Selbstoptimierung.
 - [6] <https://www.jungewelt.de/2016/07-30/021.php>

Solidarität muss politisch werden – Für einen konsequenten Antirassismus!

Es wird viel über Solidarität gesprochen. Ist sie per se politisch, muss sie es erst noch werden und wenn ja, was bedeutet das überhaupt?

Die Debatte ist nicht neu, dennoch hat sie im Laufe des letzten Jahres an Aktualität und Notwendigkeit gewonnen. Die Bilder aus Freital, Heidenau, Idomeni oder Lesbos haben uns die Auswirkungen des völkischen und nationalen Konsens und der europäischen Abschottungspolitik vor Augen geführt. Während das tödliche Grenzregime Europas zu verhindern versucht, dass Menschen ihr Recht auf globale Bewegungsfreiheit umsetzen, machen restriktive Asylgesetze und völkische Mobs das Ankommen nahezu unmöglich.

Dazwischen die Szenen vom Münchner Hauptbahnhof, des „Konvois der Hoffnung“, von Protesten von Geflüchteten und vielen helfenden Händen. Viele zeigten ihre Solidarität und kämpften auf ganz unterschiedliche Art und Weise gegen die Festung Europa. Manche wollten dem planmäßigen Staatsversagen entgegenwirken und Menschlichkeit zeigen. Andere kämpften für ihre Rechte und/oder wollten diese Kämpfe unterstützen, vielleicht auch um einen gemeinsamen Ausdruck zu finden. Die Motive mögen dabei verschieden sein, dennoch haben alle Aktivist*innen, Helfenden, Kämpfenden eins gemeinsam: die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden.

Nun stellt sich die Frage: Wie weiter? Die Asylgesetze wurden erneut verschärft, Menschen abgeschoben, das Recht auf Asyl in Europa durch den Türkei-EU Deal faktisch abgeschafft. Nationalistische und rassistische Krisenlösungen von Abschottung bis Pegida gehen Hand in Hand und bestimmen gesellschaftliche Debatten. Der rechte Rollback scheint kaum mehr aufzuhalten. Was können wir der Festung Europa und ihren Fans noch entgegensetzen?

Willkommen in Kaltland

Der sogenannte „Sommer der Migration“ stellt für viele einen Kristallisationspunkt der Entwicklungen innerhalb Europas dar. Während Menschen aufgrund der neoliberalen/-kolonialen Krisenpolitik der EU fliehen müssen, schottet diese sich weiter ab und lagert ihre Grenzen aus, um die eigens produzierten Ursachen von Flucht aus dem „europäischen Bewusstsein“ fernzuhalten. In Deutschland erstarken nationalistische Parteien, rassistische Bewegungen und der Sommer 2015 war begleitet von rechter Pogromstimmung wie in Freital oder Heidenau. Es wurde ein künstlicher Notstand simuliert, aufgeladen mit rassistischen Weltanschauungen,

der auf der einen Seite nationalistische Abschottung und völkisches Selbstbewusstsein als rationale Krisenlösung legitimierte. Auf der anderen Seite animierte er hunderte Menschen an den Bahnhöfen, in Willkommensinitiativen oder an den Grenzen genau diesem vermeintlichen Notstand entgegenzuwirken. Genau diese „Willkommensbewegung“ wurde von Deutschland mit Kuschhand zur eigenen Selbstinszenierung entgegengenommen und medial aufbereitet. Angela Merkel setzte sich höchstpersönlich an die Spitze dieser stillen Bewegung. Konnten wir doch kurze Zeit vergessen, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in einer Unterkunft in Sachsen oder anderswo angegriffen werden. Auch wenn das Engagement vielen Menschen Hoffnung machte, müssen wir uns mit dem Problem dieser Aneignung auseinandersetzen. Fragen, die wir uns stellen: In welchen Zuständen heißen wir die Menschen eigentlich willkommen? Und leben wir in einer Gesellschaft, in der ein würdiges Leben für alle Menschen möglich ist?

Die Bereitschaft zur praktischen Solidarität war Ausdruck der Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen. Sie konnte Grundstein sein für Begegnungen, Lernprozesse und Unmut gegen staatliche Repressionen. Für viele Menschen, die vorher wenig bis keinen Kontakt zu Geflüchteten hatten, war es vielleicht der Punkt an dem sie mit den rassistischen Asylgesetzen konfrontiert wurden oder zum ersten Mal staatliches Versagen mit eigenen Augen gesehen haben. Für die Betroffenen des konstruierten Notstandes bedeutete sie die Möglichkeit, eine Erstversorgung zu erhalten oder in einer nicht-feindlichen Umgebung aufgenommen zu werden. Trotzdem bleibt die Frage der Deutung und Übersetzung dieser Erfahrungen. Führen sie zu einer Solidarisierung mit den Betroffenen und Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft, ihren Staaten und Nationen, die Menschen am laufenden Band zur Flucht zwingen, oder verlaufen sie sich in einer karitativen Resignation?

Vom Volontourismus und „weißen Retter*innen“

Dass auf den staatlichen Unwillen, Menschen angemessen zu versorgen und das Sterben zu beenden, mit Hilfe und Solidarität geantwortet wird, lässt hoffen. Nicht nur in Deutschland wurde Essen verteilt, Kleidung gespendet oder Sprachkurse gegeben. Auch in Griechenland oder entlang der sogenannten Balkanroute sind unzählige Menschen aktiv. Viele von ihnen nutzen ihre freie Zeit, um praktische Unterstützung zu leisten und Schlimmeres zu verhindern. Sehr oft befinden sie sich dabei im Konflikt zwischen augenscheinlicher Notwendigkeit und kostenloser Reproduktion für ein System, dessen Versagen ihre Arbeit erst nötig macht. So wurden die Freiwilligen und ihre Arbeit nicht nur in Deutschland zur Verschleiерung rassistischer Zustände benutzt, sondern auch um dem Grenzregime Europa einen humanistischen Anstrich zu verpassen.

Aus einer postkolonialen und rassismuskritischen Perspektive müssen auch die Hierarchien solcher Hilfsarbeit analysiert werden. Wenn die Unterstützung bei reiner Charity verbleibt, die oft nicht die Grenzen zwischen „weißen Retter*innen“ als handelnde Subjekte und „den anderen Opfern“ als Objekte durchbricht, werden stets rassistische Machtverhältnisse reproduziert. Neben dem offenen Rassismus von AfD und Pegida darf nicht vergessen werden, dass Rassismus ein globales Herrschaftsverhältnis darstellt, dessen Geschichte bis in den his-

torischen Kolonialismus zurückreicht. Schon damals konstruierten sich Weiße, die Menschen folterten, versklavten und vernichteten, gleichzeitig als Helfende oder Aufklärer*innen in den Kolonien. Eine unreflektierte Charity-Arbeit läuft Gefahr, genau dies zu reproduzieren und in einem Paternalismus zu erstarren. Deswegen müssen wir uns mit unseren eigenen Bildern und Motiven auseinandersetzen.

Innerhalb dieses rassistischen Diskurses werden weiße Supporter*innen als „Retter*innen“ gefeiert, während Refugees und ihre Proteste (auch an den Außengrenzen) kaum Gehör finden. Das zeigt sich auch in der völligen Entpolitisierung der Proteste der Menschen auf der Flucht z.B. in Idomeni oder in der Unsichtbarmachung der langjährigen Refugeeproteste in Deutschland. Um die Rolle der eigenen Unterstützungsarbeit zu reflektieren, müssen wir uns also immer wieder die Fragen nach der eigenen Motivation stellen: Warum helfe ich? Wie positioniere ich mich selbst innerhalb der Zustände? Welche Stereotype habe ich selbst und versuche ich sie aufzubrechen?

Es muss ums Ganze gehen!

Die Grenze zwischen politischer Solidarität und Charity ist nicht trennscharf zu ziehen. Was Charity und was politische Solidarität ist, hängt maßgeblich vom aktuellen politischen Kontext ab und wird somit ständig neu verhandelt.

Das zeigen vor allem die jüngeren Ereignisse: Vor ein paar Monaten nahm die Arbeit der Freiwilligen in Idomeni noch eine systemimmanente Position innerhalb der Selektions- und Überwachungsmechanismen des Grenzregimes ein. Der Ausbau des Abschiebe- und Abschottungssystems führt nun zu einer neuen Rollenverteilung, in der dieselben Tätigkeiten durchaus subversive Praxen darstellen können. Auch persönliches Engagement wird vielleicht neu verhandelt, so halfen einige, die vorher Tee gekocht haben, Menschen bei illegalisierten Grenzübertritten.

Das eigene Handeln muss in diesen Rahmen eingebettet und kritisch geprüft werden. Was ist meine Analyse der aktuellen Verhältnisse? Habe ich eine Kritik an dem, was passiert, und worauf baut diese auf? Durch diese Fragen haben wir die Möglichkeit, uns selbst als politisches Subjekt zu verstehen und nach gemeinsamen Strategien zu suchen. Denn wir sollten stets die Motivation haben, diese Form der „reinen Hilfe“ überflüssig zu machen, indem wir gegen die Ursachen kämpfen.

An diesem Punkt wird Solidarität politisch. Wenn wir anfangen, nicht nur einen konstruierten Notstand zu bedienen, sondern genau diesen zu kritisieren und zu bekämpfen, setzen wir uns mit den Ursachen auseinander. Und diese Auseinandersetzung ist notwendig, um den Kreislauf eines Systems, das Abschottung, Abschiebung und Ungleichheit produziert, zu durchbrechen. Mit Verteilungs- und Hilfsaktionen werden wir der menschenverachtende Politik nichts entgegensetzen können. Fluchtursachen sind meist politisch-ökonomischer Natur und charitative Hilfe wird nichts an der Abschottungspolitik Europas und globalen Ausbeutungsverhältnissen ändern. Politische Solidarität bedeutet also über Ursachen von Flucht zu sprechen, sich selbst zu positionieren und nicht als Außenstehende*r zu begreifen. Die eigene Kritik an den Zuständen sollte als Motivation dienen, um kämpferische Standpunkte zu entwickeln und

sich für emanzipatorische Veränderungen der bestehenden Verhältnisse einzusetzen. Konkret bedeutet das, aus einer Analyse der aktuellen politischen Situation heraus Interessen formulieren, nach gemeinsamen Strategien zu suchen und daraus reflektierte politische Praxen zu entwickeln. Dafür müssen wir bestehende Kämpfe unterstützen und verbinden, uns austauschen und uns gemeinsam organisieren.

Und vielleicht schon morgen...

Ansätze, wie eine solche Praxis aussehen kann, finden wir viele. Sinnvoll erscheint es sich nicht in einer Abwehrhaltung zwischen „Freiwilligen“ und „Aktivist*innen“ zu verlieren, sondern die Diskussion immer wieder anzustoßen und gemeinsam nach Wegen zu suchen. Willkommensinitiativen können dafür ein Ort sein. Einerseits schaffen sie Begegnungen, können andererseits auch als politischer Raum und als Strategie zur Gestaltung einer solidarischen Nachbar*innenschaft verstanden werden. Denn ein notwendiger Nebeneffekt dieser im neoliberalen Kapitalismus durchaus dienlichen Reproduktionsarbeit ist, dass der Staat als Vermittler zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen in den Hintergrund tritt. In den Basisinitiativen werden solidarische Beziehungen zwischen den Menschen grundsätzlich neu verhandelt und demokratische Formen politischer Teilhabe erprobt und erlernt. Die Verbindung von Kochabenden, Ausflügen und politischen Diskussionen führt vielleicht schon morgen dazu, dass eine ganze Nachbar*innenschaft die Abschiebung oder Zwangsräumung einer*s Nachbar*in verhindert. Außerdem müssen wir die bestehenden und vergangenen Kämpfe von Geflüchteten aufgreifen und unterstützen. Dazu zählen der Kampf gegen Abschiebungen genauso wie antikoloniale Kämpfe oder der Widerstand gegen heutige neokoloniale Ausbeutungsverhältnisse. Der Slogan verschiedener Refugee-Proteste: „we are here because you were there“ bedeutet Flucht in den historischen und polit-ökonomischen Kontext zu setzen. Hier müssen wir gemeinsame Standpunkte entwickeln und uns verbindlicher organisieren. So können wir von unseren verschiedenen Erfahrungen lernen, die wir in diversen politischen Kämpfen gesammelt haben. Auch Feminismus, Antifaschismus und Antirassismus müssen verstärkt zusammen gedacht werden.

Ein Beispiel für die praktische Verbindung von unterschiedlichen Perspektiven ist der Kampf gegen ausbeuterische Lohnarbeitsverhältnisse. Prekarisierung betrifft Menschen in verschiedensten Lebensrealitäten. Ob es Ein-Euro-Jobs, Hartz IV oder die vermeintlichen Integrationsmaßnahmen für Asylsuchende sind. Wir dürfen Grenzen nicht nur als geografische Linie und als Abgrenzung nach außen verstehen, auch innerhalb der Festung wirken sie fort. Zusammen können wir diese systematische Ausgrenzung überwinden.

Zu tun gibt es also genug. Der Kampf gegen die Festung und ihre Fans kann nicht nur an den Außengrenzen stattfinden. Denn eine Festung kann nur so lange bestehen, wie es im Inneren keinen Aufstand gibt.

Ausser Kontrolle

Gruppe für einen neuen Internationalismus

Recht auf Stadt für alle!

„Recht auf Stadt“ und „Never mind the Papers!“ sind die Vision einer städtischen Gesellschaft, die keine nationale Zugehörigkeit kennt, in der das Recht auf Stadt keine sozialen Grenzen hat und nicht mehr von Papieren abhängt. Denn so verstehen wir Stadt: Nicht als abgegrenzten Raum, sondern als etwas, das durch diejenigen lebt, die es ihr zu Hause nennen. Die Stadt sind alle, die hier sind. Deshalb sind unsere Belange die Belange der Stadt. So einfach ist das.

Die Würde einer Stadt zeigt sich im Umgang mit Neuankömmlingen.

Sie fragt nicht: Woher kommst du? Sie sagt: Gut, dass du da bist!¹

Für viele Dresdner*innen ist dieser Gedanke keine Selbstverständlichkeit. Zwar gibt es einige Willkommensinitiativen und (sozio-)kulturelle und alternative, linke Projekte, die gemeinsam mit Geflüchteten soziales Miteinander leben und politische Kämpfe bestreiten. Fast alle Kultureinrichtungen der Stadt, Menschen aus vielen Vereinen, sozialen Zentren und Wohnprojekten leben und organisieren schon jetzt mit Geflüchteten gemeinsam einen neuen städtischen Alltag. Den Kampf gegen Alltagsrassismus in Institutionen, im öffentlichen Raum und in den Köpfen bestreiten wir gemeinsam. In Dresden finden viele rassistische Demonstrationen, Übergriffe und rassistischer Alltag statt. Dieser volkstümliche Rassismus macht Dresden zum Dorf und ist genau das nicht, was eine Stadt ist: Ort verschiedener Menschen!

Stadt – Ort der Unterschiedlichkeit und politischer Solidarität

Die Stadt ist in Gefahr durch Privatisierung, Verdrängung und Rassismus. Sie besitzt beste Voraussetzung für eine individuelle Lebensgestaltung in Solidarität, denn sie ist ein Ort ständiger Veränderung, Diskussion und Unterschiedlichkeit. Die städtische Verdichtung gibt der Vielstimmigkeit einen Raum. Die widerständige Aneignung öffentlicher Räume und die Forderungen nach einem Bleiberecht, freier Mobilität und freier Wohnortwahl durch Refugees, beispielsweise am Berliner O-Platz, auf dem Weissekreuzplatz in Hannover, auf dem Rindermarkt in

München, auf dem Theaterplatz in Dresden, die Besetzung des Michel in Hamburg oder die Besetzung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sint*ezze und Rom*nja Europas in Berlin spielen dabei eine wichtige Rolle. Erprobt werden hier notwendige Strategien für eine Stadtgesellschaft, die für gleiche Rechte aller einsteht. Es geht um soziale Gerechtigkeit von unten als ein kooperatives Werk aller Stadtbewohner*innen.

Die Stadt ist sicher wenn wir soziale Sicherheit für alle haben

Die neoliberale Stadt ist Ort von Privatisierung, Abschaffung öffentlicher Räume und der Inszenierung von Angst im städtischen Raum geworden. Ladenpassagen, Einkaufszentren, Clubs, Parks, Asylunterkünfte und Fußgängerzonen werden in wachsendem Maße privaten, kommerziellen Sicherheitsunternehmen überantwortet, die ihre Sicherheits- und Ordnungsvorstellungen praktisch umsetzen. Außerdem nehmen Bürger*innen ihre vermeintlichen Sicherheitsinteressen selbst in die Hand, in lokalen Bürgerschutzinitiativen, rassistischen Anwohnerinitiativen und Bürgerwehren. Dem eigentlichen Risiko, dem Verlust der sozialen Sicherheit, durch Verarmung, Obdachlosigkeit und Ausschlusses aus den Sozialsystemen wird „Sicherheit“ in der Stadt und auf der Straße entgegengesetzt. Die Forderungen nach mehr Sicherheit wird durch staatliche und private Angebote in Form von Videoüberwachung, Gesetzen gegen Arme (Bettelsatzungen), Racial Profiling und Kompetenzerweiterungen der Polizei oder Bundeswehr beantwortet. Sicherheit ist für uns nicht law and order und Überwachung, sondern soziale Sicherheit und eine Zukunft in der Stadt für alle.

Ausgerechnet diese Stadt?

Leben in Sachsen heißt oft Leben in schlechter Gesellschaft. Seit Oktober 2014 nehmen tausende Menschen an den rassistischen Pegida-Demonstrationen in Dresden teil. Seitdem werden mehr und mehr Menschen Opfer rassistischer Angriffe. Regelmäßig sammeln sich Rassist*innen vor Asyl-Unterkünften, verbreiten Pogromstimmung und greifen Busse oder Unterkünfte von Geflüchteten an. Pegida und andere rassistische Mobilisierungen nehmen in großem Ausmaß den öffentlichen Raum ein – die Straßen und Plätze der Städte sind in dieser Zeit für Geflüchtete und People of Color nicht sicher. Auch linke und alternative Projekte z.B. die Dresdner Hausprojekte Mangelwirtschaft und RM16 und Stadtviertel, wie Connewitz in Leipzig, sind Angriffen ausgesetzt. Sachsen ist Ort rassistischer Hetze und Gewalt. Antifaschistische Präsenz auf den Straßen ist daher häufig notwendig. Wir wollen jedoch nicht all unsere Kraft in Aktivitäten gegen die rassistischen Stimmung verpuffen sehen, sondern uns und andere gegenseitig bestärken. Aktionen gegen Mobilisierungen von Rassist*innen reichen nicht aus. Solidarität muss politisch werden. Es geht darum, gemeinsam mit Refugees politisch tätig zu sein, um eine Stadt zum Ankommen und Leben zu erkämpfen — mindestens jedoch Räume in dieser Stadt zu erkämpfen.

Die kleingesparte Stadt

Die ostdeutsche Stadt ist eine Stadt der neoliberalen Transformation. Seit 1989 wurden durch die Treuhandanstalt neben 8.000 volkseigenen Betrieben, vielen Milliarden Quadratmeter Agrar- und Forstflächen auch 25 Milliarden Quadratmeter Immobilien privatisiert. Diese Privatisierungen stellen den Anfang einer Kapitalisierung von Stadt dar. Wohnungen werden wieder Privateigentum und die Mieten werden dem Markt unterworfen. Wenige der Mieter*innen können sich auf dem Feld der Immobilienwirtschaft behaupten und ihre Wohnungen kaufen. Sie sind überzogenen Mieten und der Konkurrenz mit Eigentumswohnungen ausgeliefert. Wenige Wohnungen sind noch in kommunaler Verwaltung. Die Spielräume städtischer Realpolitik wurden in Dresden in den vergangenen zwei Jahrzehnten aufgrund kommunalpolitischer Entscheidungen stark reduziert. Als Spitzenreiter beim Stadtumbau Ost bei gleichzeitigem Bevölkerungszuwachs haben CDU und FDP erfolgreich den Wohnraum verknappt und Immobilienwerte gesteigert. Seit 2001 verlor Dresden mehr Wohnungen als neu gebaut wurden und schrumpfte seinen Leerstand auf derzeit sieben Prozent. Dramatisch wirkte sich auch der Verkauf des Großteils städtischen Wohnungseigentums in Form der WOBA aus. Die in Folge des Verkaufs gegründete Aktiengesellschaft GAGFAH, welche nach weiteren Zu- und Verkäufen inzwischen Teil des größten deutschen Wohnungsunternehmens Vonovia ist, konnte mit ihrer Monopolstellung strategisch und flächendeckend verkaufen, sanieren, vermieten und/oder leer stehen lassen und dabei den Mietspiegel erhöhen. Der Freistaat Sachsen, Abrissweltmeister, investierte nicht in die Sanierung und Erhaltung des sozialen Wohnungsbaus sondern riss zwischen 2012 und 2015 sogar 13.961 Wohnungen ab. All diese Entwicklungen sorgten dafür, dass die Stadtverwaltung nun auf der Suche nach geeigneten Unterkünften für Geflüchtete auf dem privaten Wohnungsmarkt auf teilweise lächerlich überzogene Angebote einsteigt.

Ein Heim ist kein Zuhause

Geflüchtete werden oft nicht dezentral in der Stadt untergebracht, sondern an deren Rändern oder in Dörfern und das in Heimen und Lagern. Ein Grund sind die fehlenden Sozialwohnungen, ein anderer liegt jedoch in der rassistischen Ideologie: Geflüchtete gelten als eine Gruppe, die kontrolliert und diszipliniert werden soll. Dafür dient die Sammelunterbringung; das Heim ist historisch eine Institution staatlicher oder religiöser Erziehung von Kindern und/oder als deviant verstandenen Personen, also Menschen die von den gesellschaftlichen Normen abweichen („Schwererziehbare“, Menschen mit Behinderung). In den Heimen stand jedes Individuum unter dem Zugriff der Autoritätspersonen und sollte durch strenge Regeln, Kontrolle, Belohnung und Bestrafung der gesellschaftlichen Norm unterworfen werden.

Bis heute stellen Heime Orte der Überwachung, Disziplinierung und versachlichten Verwaltung von Menschen dar. In den Sammelunterkünften für Asylsuchende gibt es Anwesenheitspflicht, vorgegebene Essenzeiten und -angebote, unzumutbare Regelkataloge und drangsalierende Strafen für „Fehlverhalten“. Zu den zahlreichen Regeln kommen noch die Ordnungsvorstellungen der Heimleiter*innen, deren Willkür die Bewohner*innen ausgeliefert sind, denn sie

entscheiden über Zimmeraufteilung oder Gewalt gegen die Asylsuchenden durch Security und Polizei. Die Bewohner*innen haben kein Anrecht auf Privatsphäre, auch nicht in ihren Zimmern, weil sie nicht als Mieter*innen gelten. Daraus erwächst jedoch keine Sicherheit vor Übergriffen, Gewalt und Zwangsprostitution.

Das Heim oder Lager ist kein privater Rückzugsraum und gleichzeitig kein öffentlicher Raum, denn die Gemeinschaft wird nicht freiwillig gesucht, sondern repressiv verordnet. Autonomie wird selbst für gänzlich private Entscheidungen wie Mahlzeiten erschwert oder verunmöglicht. Zudem liegen die Heime oft fernab vom Leben der Stadtgesellschaft, in leerstehenden Messehallen und Baumärkten.

Um gemeinsam für das Recht auf Stadt zu streiten, müssen die Institutionen der Heime und Lager bekämpft werden. Eine sichere Wohnung, Privatsphäre, Autonomie über persönliche Entscheidungen und Zugang zu öffentlichen Gütern sind das absolute Minimum.

Alle?

Wenn wir Recht auf Stadt für alle sagen, meinen wir alle solidarischen und antirassistischen Städter*innen. Wir wollen um die Stadt kämpfen in klarer Opposition zu denen, die Deutschland zur Dorfgemeinschaft erklären wollen. Recht auf Stadt bedeutet für uns nicht nur bezahlbare Mieten, sondern Recht auf öffentlichen Raum, Bewegungsfreiheit in der Stadt und die Möglichkeit, uns zu versammeln, zu demonstrieren und unsere Kritik öffentlich kund zu tun. Das Recht auf Stadt lässt sich darüber hinaus auch als Recht auf Zentralität auslegen, also Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens für alle. Und das Recht auf Stadt beinhaltet auch das Recht auf Differenz. Die Stadt ist der Ort des Zusammentreffens, des Sich-Erkennens, Anerkennens und der Auseinandersetzung. Und es umfasst auch den Zugang zu den politischen und strategischen Debatten über künftige Entwicklungen, d.h. um ein Recht auf Teilhabe an den Aushandlungsprozessen für die Stadt von morgen². Die Forderung nach einem Recht auf Stadt kann auch eine Staats- und Herrschaftskritik einschließen und auf die Überwindung des bestehenden Systems zielen, denn die Idee des Recht auf Stadt für alle steht in einem ganz offensichtlichen Widerspruch zu den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen. Der antikapitalistische Kampf aus den Fabriken hinaus hat sich in die Stadt verlagert hat³. »Nur ein globales Projekt kann alle Rechte, die der Individuen und die der Gruppen, definieren und verkünden, indem es die Bedingungen ihrer praktischen Verwirklichung bestimmt.«⁴

Wir glauben, dass es gerade jetzt notwendig ist, solidarische Praxen und Strukturen im Sinne diesen globalen Projektes zu entwickeln.

-
- [1] dérive - Zeitschrift für Stadtforschung, Nr. 61: Jochen Becker: Verwebungen städtischen Handelns - Urban Citizenship oder die Umriss einer neuen auf ständischen Politik
 - [2] Andrej Holm/Dirk Gebhardt (Hrsg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt, VSA-Verlag, Hamburg 2011
 - [3] David Harvey: Rebellenische Städte, edition suhrkamp, 2013
 - [4] Henri Lefebvre: Le droit à la ville, Éditions Anthropos, Paris 1968

Grenzen nach dem Mauerfall

Rassistische Kontinuitäten im Einheitstrubel

„Wir sind jetzt da. Du kannst nach Hause“¹ – Diese Worte bekam eine Schwarze Deutsche nach dem Mauerfall in der Innenstadt von Berlin von weißen ostdeutschen Männern zu hören. Solche Erfahrungen waren für viele nichtweiße Menschen in Deutschland Realität und zeigen die Folgen von nationalistischen und rassistischen Kontinuitäten.

Die Geschichte der „Wiedervereinigung“ ist auch eine Geschichte der Ausgrenzung

In der Wiedervereinigungseuphorie bestärkten und bestätigten sich nationalistische und exklusive Einstellungen der BRD- und DDR-Gesellschaften gegenseitig. Mit dem Traum von neuer Stärke des exklusiven „Deutschen Volkes“ vereinigten sich nicht nur zwei Staaten sondern auch verschiedene Stränge rassistischer Tendenzen. Weder im Osten noch im Westen wurden sie „importiert“, sondern konstituierten in BRD und DDR eine Identität, die nur durch Abgrenzung nach außen möglich war und bis heute ist. Im Falle der DDR gab es zwar einen von oben verordneten Antifaschismus sowie verschiedene Projekte unter dem Label der internationalen Solidarität. Eine unzureichende Aufarbeitung des Nationalsozialismus, der koloniale Habitus gegenüber befreundeten sozialistischen Bruderstaaten, eine nationalistische Identitätsbildung und das Vertuschen von rechten und rassistischen Angriffen waren jedoch Wegbegleiter der DDR bis zur Wende 1989/90² und setzen sich in der Revitalisierung eines vereinten Nationalgefühls fort.

Unter der Parole „Wir sind das/ein Volk“ wird dieses Nationalgefühl in der Wendezeit zum vorherrschenden Bild der Geschichtsschreibung dieser Tage. Bis heute wird es pathetisch inszeniert und assoziiert im kollektiven Gedächtnis, ein historisches Moment der Befreiung, des Zusammenkommens und des gemeinsamen Feierns. Das überschäumende Nationalgefühl der „Wiedervereinigung“ ist damit zu einer der grundlegenden Säulen dieses „Volkes“ geworden, dessen eigenes Geschichtsbild ihm immer wieder als identitäres Instrument dient: Es schafft die Konstruktion einer „Wir-Gruppe“, deren Existenz nur dann gewährleistet ist, wenn sie sich ein gegenüberliegendes Pendant zurechtlegt. Das „Wir“ braucht also gleichermaßen das „Die“ – außerhalb stehend und abgrenzbar – um die eigene Identität aufrecht zu erhalten. Damit

einher gehen immer Methoden, Instrumente und Verhaltensweisen, deren Zweck es ist, diese Grenze aufrechtzuerhalten. So wie die „Wiedervereinigung“ also als Moment der „Befreiung“ oder der „Gemeinsamkeit“ geschrieben werden kann, genauso ist sie eindringlicher Moment des Ausschlusses und Nährboden völkischer Konstruktionen. Deutlich wird dies dann, wenn wir Perspektiven mitdenken, die im etablierten Bild der Einheitsfeierlichkeiten nicht funktionieren, weil sie eine andere Geschichte erzählen. Sie machen deutlich, wie dringlich es ist danach zu fragen, wer dieses „Wir“ eigentlich sein soll, von dem da die Rede ist, und wen es bewusst oder unbewusst nicht meint.

Offene Grenzen und Reisefreiheit – für alle?

Für die meisten ehemaligen DDR-Bürger*innen bedeutete die „Wiedervereinigung“ die neu gewonnene Freiheit, weltweit mit einem ganz anderen rechtlichen und ökonomischen Selbstwertgefühl reisen zu können. Schien die rechtliche Gleichstellung der Reisefreiheit für DDR- und BRD-Bürger*innen selbstverständlich, so verblieb deren Rahmenbedingungen doch weiter innerhalb der Logiken exklusiver Staatsbürger*innenschaft. Die „Wiedervereinigung“ strukturiert die staats- und nationenbezogenen Ein- und Ausschlüsse neu. Sie bewertet Bewegungsfreiheit nicht mehr auf Grundlage „sozialistischer Bruderstaaten“, sondern anhand kapitalistischer Logiken und den historisch-ideologischen Vorstellungen der BRD. So bedeutete die wechselnde politische Situation 89/90 vor allem für die Vertragsarbeiter*innen der DDR massive Verunsicherung ihrer rechtlichen Aufenthaltsstatus. War dieser bereits in der DDR nur wenig abgesichert und von hoher Willkür bestimmt (so wurden etwa schwangere Vertragsarbeiter*innen häufig abgeschoben)³, ordnete er sich nun endgültig in die Kategorien kapitalistischer Nützlichkeitslogiken ein. „Wir bekamen einen Schock: Was sollten wir jetzt machen? Woher sollten wir das Geld zum Überleben nehmen?“⁴, so Phan Huy Tao, Sprachvermittler in der DDR. „Wiedervereinigung“ bedeutet hier vor allem der Übergang zur Kurzarbeit, Kündigung und in vielen Fällen Abschiebung.

Ohne Arbeitsmöglichkeit blieb ihnen rechtlich nur der Weg ins Asylsystem. Weil die ehemaligen Vertragsarbeiter*innen in ihren Herkunftsländern jedoch nicht als politisch verfolgt galten, lag die Ablehnungsquote bei 95 Prozent. Als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bekamen sie eine Duldung. Die faktische Abschaffung des Asylrechts 1993 brachte jedoch zusätzliche Bleiberechtsregelungen mit sich, die nach dem zuvor gegangenen ökonomischen Ausschluss der Vertragsarbeiter*innen oft kaum erfüllbar waren: der Nachweis von Lebensunterhaltssicherung, Wohnraums und keinerlei strafrechtliche Vorgeschichten⁵. Während also die einen fahnenstark ihre neu gewonnene Reisefreiheit feierten, strukturierten sich die Grenzen der Bewegungsfreiheit für die anderen grundlegend neu. So sind die Ereignisse in Deutschland gleichermaßen eingebettet in das Streben Europas nach Vereinheitlichung von Asyl-, Migrations- und Abschottungspolitik. Die Jahre um 1990 sind auch die Jahre in denen sich der Wandel Europas zum Schengen-Raum vorbereitete, mit seiner selektiven Freizügigkeit nach innen und Versicherheitlichung nach außen. Institutionell verankert die EU in dieser Zeit ihre Asyl- und Migrationspolitik als innen- und justizpolitisches Feld – ein gesamteuropäischer poli-

tischer Akt mit weitreichenden Folgen bis heute. Es bindet die Fragen und Kämpfe nach Bewegungsfreiheit für all diejenigen, die in der „neuen Reisefreiheit“ nicht mit gemeint werden, in ein politisches Feld, das Migration immer nach ihrem Sicherheitsaspekt bewertet. Gekoppelt an Politiken der Grenzsicherung, des Umgangs mit sogenannter Ausländerkriminalität und Polizeikooperation ist es gleichermaßen Nährboden und Instrument eines rassistischen Diskurses. Diese Debatten finden jedoch keinen Platz im alljährlichen Einheitstaumel.

Tödliche Realität

Die Welle nationalen Überschwalls, wie sie sich 89/90 auf den Straßen ausbreitet, wird so zur Zeugin einer Blindheit, die allzu bequem ignorieren kann, welche Realitäten sie schafft. Unter ihren Parolen und Fahnen verschärfen sich die Überfälle rassistischer Gewalt unter staatlicher Unterstützung. Die Amadeu-Antonio-Stiftung zählt bis heute mindestens 178 Todesopfer seit der „Wiedervereinigung“.⁶ Amadeu Antonio, der als angolischer Vertragsarbeiter in die DDR kam, wurde Ende 1990 zusammen mit zwei weiteren Männern in einem Gasthaus in Eberswalde Opfer eines rassistischen Übergriffs unter Beobachtung der Polizei und erlag wenig später seinen Verletzungen. Als eine Geschichte rassistischer Gewalt, struktureller Ignoranz von staatlicher Seite, und unzureichender historischer Aufarbeitung, steht dieses Ereignis exemplarisch für unzählige Vorfälle seit 89/90. Die Morde an Jorge Gomondai 1991 und Marwa El-Sherbini 2009 in Dresden schreiben diese Kontinuitäten weiter. Sie traten in aller Deutlichkeit während der Pogrome in Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen oder Hoyerswerda (um nur einige zu nennen) zu Tage ebenso wie bei der staatlichen Unterstützung während der Mordserie des selbsternannten NSU. Dies sind historische Momente eines systemischen Rassismus, der sich wie ein Faden durch die Geschichte zieht. Diese Morde und der alltägliche Rassismus werden vom weißen „Wir“ (das die Autor*innen mit einschließt) oft nur in seinen Höhepunkten wahrgenommen, sie sind jedoch immer existent. So ist Geschichte eben keine bloße Aneinanderreihung von Kapiteln. Der schier übermächtige Nationalismus der Wendezeit oder die strategischen Morde des NSU ereignen sich nicht im luftleeren Raum. Das bedeutet, dass Geschichte geschrieben werden muss: Migrantisches Wissen um diese (Verfolgungs-) Geschichte muss raus aus der Marginalisierung.

Sie bedeuten auch, und wir möchten hier zitierend auf das Projekt Mauern 2.0 verweisen, „dass eben auch heute als Reaktion des Staates auf rassistische Gewalt zumeist das Nicht-Sprechen-Von (oder das vermeidende Sprechen-Über), das Nicht-Sprechen-Mit den Betroffenen und die Verdrehung der Verhältnisse bedeutet. [...] Mal abgesehen davon, dass die Kategorisierung der Opfer als Ausländer überhaupt zu einem legitimen Grund für das Vorhandensein von Rassismus gerinnt, was besonders in der Rede von Fremdenfeindlichkeit deutlich wird: es ist das vermeintliche Fremdsein, welches angeblich rassistische Gewalt motiviert. Rassismus wird in dieser Verdrehung der Verhältnisse damit nicht nur dethematisiert, sondern letztlich sogar affiiert.“⁷

„Brücken bauen“ - eine sächsische Farce

Geben sich Dresden und Sachsen am 3. Oktober nun als Gastgeber des „Brückenbauens“, so scheinen die damit einhergehende Ignoranz und der Zynismus ein tausendfacher Wink mit der Fahnenstange. Dies steht sinnbildlich dafür, welche Geschichte von all den unzähligen Geschichten hier geschrieben werden will. „Brücken“ sind vor allem in Sachsen die Brücken von Rassist*innen zu den Verhandlungstischen in den staatlichen Institutionen. Es sind die Brücken, auf denen Sachsen mehr als jedes andere Bundesland massenhafte Abschiebungen vollzieht. So ist es eine ganz bestimmte Einheit, die hier gefeiert werden will, die dominiert ist von einer weißen, rassistischen deutschen Perspektive auf Erinnerung. Sie blendet bewusst all diejenigen Stimmen aus, die ebenso Teil der Ereignisse um 89/90 sind. Würden sie aber wahrgenommen, vielmehr ernst genommen werden, die Feierei um „Wir sind das Volk“ wäre wirkungslos. Sie kann nur funktionieren, wenn sie all die Geschichten und Realitäten unterdrückt, auf denen sie ihre Durchsetzungsfähigkeit aufbaut. Daran gibt es es rein gar nichts zu feiern.

Dresden Postkolonial

Empfehlungen:

<https://mauern.wordpress.com>

<http://migazin.de/2014/10/02/jahre-mauerfall-migrantische-perspektiven-hoeren>

<http://orlanda-verlag.de/schwarze-frauen/farbe-bekennen-detail.html>

<http://homestory-deutschland.de>

„Tödlich Realitäten. Der rassistische Mord an Marwa El-Sehrbini“ 2011.

Cil, Nevim: Topographie des Außenseiters. Türkische Generationen und der deutsch-deutsche Wiedervereinigungsprozess

-
- [1] Partridge, Damani J.: „Wir sind das Anti-„Volk“: Nichtweißsein und die Einschränkung der Mobilität nach dem Mauerfall.“. In: Stemmler, Smith, Scherer [Hrsg.]“1989/ Globale Geschichten“ Göttingen. 2009.
 - [2] Freispruch von oben – (Anti-)Rassismus in der DDR. Dresden Postkolonial. 2015.
 - [3] ebd.
 - [4] Huy Tao, Phan: „Für uns war die Grenze noch da“. In: Stemmler, Smith, Scherer [Hrsg.]“1989/ Globale Geschichten“ Göttingen. 2009.
 - [5] Beth, Uta/ Tuckermann, Anja: Geschichte, Arbeit, Alltag vietnamesischer Migrant_innen. In: Nghi Ha, Kien (Hg.) „Asiatische Deutsche - Vietnamesische Diaspora and Beyond“ Berlin, Hamburg. 2012.
 - [6] <http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990>
 - [7] Projekt Mauern2.0 migrantische Perspektiven auf den Mauerfall. Hier zitiert aus: Heidenreich. Widerrede/Wiederrede. Eine Einführung zum Projekt Mauern 2.0 von Jana König, Elisabeth Steffen und Inga Turczyn

Sächsische Verhältnisse aufmischen – das Beispiel der „Time to Act“-Kampagne

1. Strategische Vorbemerkungen

Der folgende Text ist im Rückblick und anhand beispielhafter Darstellungen aus der (süd-) sächsischen Situation im Jahr 2016 verfasst und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Weder können wir die Situation in den einzelnen Regionen so gut einschätzen wie die Aktivist_innen vor Ort, noch können wir einen repräsentativen Überblick über rassistische und antirassistische Bewegungen in Sachsen geben.

Als strategische Grundlage für Perspektiven in der politischen Praxis dient eine Betrachtung der Plauener Verhältnisse. Plauen haben wir als Beispiel ausgewählt, weil wir uns im Vorfeld des 1. Mai konkret damit auseinandersetzen mussten. Bedacht werden muss aber, dass die Verhältnisse sich regional unterscheiden und damit die strategischen Überlegungen dementsprechend angepasst werden müssten.

In Plauen gibt es regional organisierte Antifaschist_innen, die ohne den Rückhalt von sogenannter Zivilgesellschaft gegen die völkisch-rassistische Normalität politische Organisation vorantreiben müssen.

Dieser Normalzustand besteht aus rassistischen Mobilisierungen wie „Wir sind Deutschland“ mit Spitzenzahlen von bis zu 5.000 Teilnehmer_innen in Plauen, zu welcher sich selbst Plauens Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer (FDP) öffentlich positiv positionierte, und der gut vernetzten NS-Kaderpartei „Der III. Weg“ mit Kontakten nach Dortmund zu „Die Rechte“, Bayern

zum militanten Kameradschaftsmilieu des ehemaligen „Freien Netz Süd“ und international. In Treuen bei Plauen wurde in diesem Jahr die Wohnung des Regionalleiters der mittlerweile verbotenen bundesweiten militanten Nazi-Organisation „Weiße Wölfe Terrorcrew“, Kevin Pesch, durchsucht.

Für die regionalen Strukturen ist es bis heute schwer zu entscheiden, wo man ansetzen sollte. Antifaschistische Interventionen werden bei den angegriffenen Erstaufnahmeeinrichtungen sowie gegenüber der ideologisch festgefahrenen Mehrheitsbevölkerung dringend benötigt, aber sie erhalten wenig Unterstützung und Ressourcen. Hinzu kommt, dass immer mit Angriffen durch das militante Nazi-Spektrum zu rechnen ist. Bei Kommunalpolitiker_innen ist wenig bis keine Einsicht in das Problem des völkischen Rassismus zu sehen.

2. Die „Time to Act“-Kampagne

Als Beispiel für Handlungsoptionen mögen die beiden größeren Projekte „Time to Act“-Jugendkongress und der 1. Mai in Plauen herangezogen werden.

Vom 1. bis zum 3. April 2016 fand in Chemnitz der vom regionalen Antifa-Bündnis Vereinigung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen Ost organisierte Jugendkongress „Time to Act“ statt. Dieser war so hoch frequentiert, dass noch Schlafplätze nachorganisiert werden mussten. An drei aufeinander folgenden Tagen konnten Jugendliche aus der Region und ganz Sachsen sich (weiter-) bilden und vernetzen. Zu Beginn stellten junge Aktivist_innen aus verschiedenen Regionen ihre lokale Situation in Vernetzungsplena dar. Es wurden zahlreiche Workshops angeboten, die darauf ausgelegt waren, den Teilnehmer_innen eigene politische Handlungsmöglichkeiten zu vermitteln und sowohl auf inhaltlicher als auch technischer Ebene Einstieg und Erfahrungsaustausch ermöglichten. Beispielsweise wurde die Anmeldung einer Versammlung in ihren technischen Einzelheiten durchgesprochen. In einem anderen Workshop wurde der sichere Umgang mit den eigenen Daten vermittelt. Auch die Organisation eines Schulstreikes und der sensible Umgang in Bezugsgruppen sowie eine Einführung in die Antisemitismuskritik und um die 30 weitere Workshops wurden angeboten.

Am 1. Mai fand in Plauen eine bundesweit und international beworbene Demonstration des „III. Weg“ statt. Diese stellte wie erwähnt eine ernst zunehmende Gefahr für linke Aktivist_innen dar. Eine bundesweit beworbene Demonstration unter dem Motto „Time To Act – Für einen emanzipatorischen Antikapitalismus“ war die Antwort der vogtländischen Antifa-Gruppen. Diese haben zusammen mit Antifaschist_innen aus der Region gemeinsam eine inhaltliche und praktisch ausgerichtete Aktion organisiert, zu der sich 1.200 Menschen mobilisieren ließen. Auch die bundesweite Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ rief dazu auf, sich an den Antifa-Aktionen in Plauen zu beteiligen. Es gab kaum Repression im Gegensatz zu dem Aufmarsch im Vorjahr. Allerdings wurden einige Antifaschist_innen durch massive Polizeigewalt und Nazi-Angriffe verletzt. Überdies hatte sich der „Runde Tisch“, ein Bündnis von Kirchen, Parteien, Polizei und DGB, gegenüber den emanzipatorischen Gruppen inhaltlich distanziert. Darauf reagierte das Antifa Bündnis indem es auf dem eher bürgerlichen Straßenfest „Meile der Musik“ eine Rede hielt, in der es OB Oberdorfer und die Sprecherin des „Runden Tisches“, Ulrike Weyer, massiv für ihren Kuschelkurs gegenüber den Nazis kritisierte.

3. Offene Fragen und Probleme

Neben den partiellen Erfolgen, die die „Time to Act“-Kampagne erzielen konnte, bleiben eine Menge ungelöster Probleme und offener Fragen.

Ein vorgefertigtes Organisationsangebot für Ostdeutschland wurde den jungen Genoss_innen beim Jugendkongress nicht unterbreitet. Das wäre politisch sicherlich auch nicht wünschenswert gewesen, schließlich geht es darum, Selbstorganisation und hierarchiearme Strukturen zu fördern. Auf der anderen Seite bleibt die Organisationsfrage somit offen.

Ein anderer blinder Fleck beim Jugendkongress bestand in der Vermittlung und Diskussion von kritischer Gesellschaftstheorie. Der Schwerpunkt wurde angesichts der prekären Situation in Ostdeutschland vor allem auf die Vermittlung praktischer Fähigkeiten gelegt. Vor dem Hintergrund, dass der Anspruch des JuKo die Vernetzung libertärer und emanzipatorischer Kräfte im Osten war, ist diese Leerstelle durchaus problematisch. Es besteht die Gefahr, dass libertärkommunistische, anarchistische, ideologie- und herrschaftskritische Inhalte sich mehr als Label denn als komplexe unfertige Theorien angeeignet werden.

Noch mehr Fragen als der JuKo ließ die Antifa-Demo am 1. Mai offen. Der antifaschistische 1. Mai in Plauen war zwar eine verdiente öffentliche Ohrfeige für eine Stadt, in der völkische Rassist_innen mit Rückendeckung von ganz oben ihr Unwesen treiben durften. Dennoch ist zu betonen, dass die rassistische Querfront-Mobilisierung unter dem Namen „Wir sind Deutschland“ zuvor monatelang ohne auch nur einen Hauch von antifaschistischem Protest oder Widerstand agieren konnte. Die Selbstauflösung von „Wir sind Deutschland“ im April bedeutet genauso wenig wie die Selbstauflösung der Demo des „III. Weg“ eine erhebliche Schwächung von deren Strukturen.

Die „Wir sind Deutschland“-Organisator_innen sind in der Stadt anerkannt wie eh und je und der „III. Weg“ hat nach wie vor seine Führungskader und Wohngemeinschaften in Plauen. Die strukturellen Probleme bleiben also ungelöst. Wünschenswert wäre in Zukunft eine Verhinderung rassistischer Aufmärsche und eine kontinuierliche Behinderung der Arbeit von Rassist_innen in Amt und Würden wie Plauens OB Ralf Oberdorfer. Nur auf diese Weise kann sich dem hoch gesteckten Ziel rechte Strukturen zu „zerschlagen“ angenähert werden.

Schließlich drängt sich auch in Bezug auf den 1. Mai in Plauen die schon vom Jugendkongress offen gelassene Organisationsfrage auf. Der 1. Mai hat möglicherweise vielen jungen Menschen im Vogtland, die sich gegen Rassismus engagieren wollen, den Eindruck vermittelt, dass etwas gehen kann. Die potenzielle Motivation durch derartige Ereignisse hätte möglichst mitgenommen werden müssen, indem man danach Veranstaltungen, Antifa-Cafés und offene Plena angeboten hätte.

4. Strategischer Ausblick

Was kann und was muss also noch getan werden? Zunächst ist die Zusammenarbeit in Form von „Wasteland - Vernetzung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen“, wie sie im Rahmen der „Time to Act“-Kampagne geschehen ist, ein wichtiges Instrument im Kampf gegen den völkischen Vormarsch im Osten der BRD. Die Mobilisierungserfolge von Jugend-

kongress und 1. Mai in Plauen haben gezeigt, dass mittels der VaaG Ost eine Menge engagierter Menschen in vielen Regionen angesprochen werden können. Auf dieser Ostvernetzung muss aufgebaut werden. In der bereits erwähnte Organisierungsfrage kann die Vernetzung mit Sicherheit weiterhelfen. Für die Zukunft wäre es geboten, eine Selbstorganisierungskampagne zu starten, um das Ganze in langfristige Bahnen zu lenken. Daneben kann es sinnvoll sein, auch eigene inhaltliche Demonstrationen zu organisieren, die sich zwar mit völkischem Rassismus und Nazi-Strukturen befassen, aber nicht an Termine der Rechten gebunden sind. Ein wichtiger nächster Schritt wäre es, Verbindlichkeit herzustellen und auch im Jahr 2017 einen antifaschistischen Jugendkongress zu veranstalten, um die Vernetzung aufrecht zu erhalten und das Skill-Sharing voranzutreiben. Ein möglicher nächster JuKo könnte genutzt werden, um dann auch verbindlichere Angebote für Organisation zu unterbreiten. Die Infrastruktur linker Bewegungen in größeren Städten muss hierbei genutzt werden, um antifaschistische Politik im ländlichen Raum zu stärken ohne dabei die Genoss_innen vom Land zum Objekt urbaner Politgruppen zu machen.

Bei allen Organisierungsfragen ist nicht zu vergessen, dass das „Kerngeschäft“ der Antifa-Bewegung weiterlaufen muss. Nazis und Rassist_innen müssen negative Öffentlichkeit bekommen und sozial isoliert werden, wo sie nur können. Die Kosten für rassistische Aktivitäten müssen in die Höhe getrieben werden. Das ist für viele Normaldeutsche in Sachsen leider das einzige, was sie vom rassistischen Treiben abhalten könnte.

Auf der anderen Seite muss über die Palette „klassischer“ Methoden hinaus gedacht werden. Der Jugendkongress in Chemnitz hat antifaschistischer Jugendliche erreicht. Wie jedoch können darüber hinaus junge Menschen in Sachsen erreicht werden, die vielleicht noch nicht „verloren“ sind? Kann und sollte antifaschistische Bildungspraxis auf breitere Beine gestellt werden?

Offen wird die Frage bleiben, wie emanzipatorische gesellschaftliche Perspektiven in Regionen erkämpft werden können, in denen die Mehrheit der Bevölkerung offenbar dauerhaft reaktionärer Ideologie verfallen ist.

the future is unwritten, Leipzig

Die Festung endet vor Südosteuropa

Von struktureller Ausgrenzung zu Abschiebungen in die postjugoslawischen Staaten

Einen Rassismus pflegt die deutsche Gesellschaft besonders intensiv und offen: den gegen Rom_nja und Sint_ezze, den Antiromaismus. Ungehemmt und offen spricht die „Mitte der deutschen Gesellschaft“¹ über ihre rechten Einstellungen und Ressentiments. 57,8 % der Mehrheitsgesellschaft hätten ein Problem damit wenn sich Angehörige dieser Minderheit in ihrer Gegend aufhielten. 49,6 % meinen dass Rom_nja aus den Innenstädten verbannt gehörten und 58,5 % sind der Meinung dass Rom_nja prinzipiell zur Kriminalität neigten. Diese Zahlen sind deutlich: Rassismus gegenüber Rom_nja und Sint_ezze ist manifest. Diese verheerenden Zahlen werden jedoch nicht skandalisiert. Der Rassismus gegenüber Rom_nja wird als selbstverständlich und unveränderlich akzeptiert. Fast wird der Eindruck erweckt, dass ob er zur Minderheit dazu gehört.

Dieser Rassismus kennt viele Orte: Das abschätzige und respektlose Verhalten auf der Straße, die strukturelle Benachteiligung in der Bildung, der offene Rassismus in den Medien, die Benachteiligung auf dem Wohnungsmarkt, den institutionellen Rassismus von Polizei, Ordnungsamt und den Sozialbehörden. Zuletzt wurde dies in der Einrichtung sogenannter Ankunfts- und Rückführungseinrichtung deutlich wie z. B. in Bamberg (Bayern).

Der Ausschluss geflüchteter Rom_nja aus den Staaten Bosnien, Serbien, Mazedonien, Albanien, Montenegro und dem Kosovo vom Zugang zu einem Asylverfahren in Deutschland beruht auf der Kennzeichnung dieser Gruppe als „Armutszuwanderer_innen“. Die jahrhundertealte Geschichte von Verfolgung, Vertreibung und Ermordung wurde in der Debatte um die „Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten“ völlig ignoriert, obwohl von verschiedenen Organisationen eindringlich darauf hingewiesen worden ist. Mit der Einstufung dieser Staaten

als „sichere Herkunftsstaaten“ hat die Bundesregierung einen Weg gewählt, sich dieser Menschen bewusst zu entledigen. Dieses Gesetz bedeutet verschärfte Massenabschiebungen von Schutzsuchenden Rom_nja. Die Abschiebungen treffen die Nachkommen derer, die während des Nationalsozialismus verfolgt wurden.

„Ihr versteht nicht, dass wir nicht zurück können!“ - Abschiebung und Situation in den „sicheren Herkunftsländern“

Der Schutz von Rom_nja durch Asyl wird durch die „sicheren Herkunftsländer“ pauschal verwehrt, Fluchtgründe werden ignoriert, trivialisiert oder schlicht als Lügen diffamiert. In den Ländern Ex-Jugoslawiens haben Rom_nja keine Rechte. Nach der Zerschlagung Jugoslawiens - mit Unterstützung Deutschlands - sind an seine Stelle ethnisch konstruierte Staaten getreten, in denen für Rom_nja kein Platz ist. Siedlungen von Rom_nja werden hier abgebrannt, geplündert und zerstört. Zwangsräumungen sind an der Tagesordnung. Viele sind obdachlos oder haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und Strom. Bringen Eltern ihre kranken Kinder zu Ärzt_innen, werden sie zurück gewiesen, wenn sie nicht vorher bezahlen. Besonders dramatisch ist der fehlende Zugang zu Bildung, der ganzen Generationen die Chance auf eine Zukunft nimmt. Aber selbst gut ausgebildete Rom_nja erhalten keine Jobs. Hinzu kommen rassistische Übergriffe und Folterungen durch die Polizei.² Wer einmal mit Rom_nja in Ländern wie Mazedonien, Bosnien oder dem Kosovo unterwegs war, weiß, dass die Mehrheitsgesellschaft in diesen Menschen oftmals nicht mehr als „Straßenkötter“ sieht.

Während der Jugoslawienkriege und dem Zerfall des Bundesstaates verloren viele Rom_nja nicht nur ihre Familien, Häuser und Betriebe, sondern oft auch ihre Staatsbürgerschaften. Der Wille zur Ausgrenzung geht so weit, dass vielen Rom_nja bis heute die Staatsbürgerschaften in einem der neuen Staaten verweigert wird. Der Vorsitzende des Roma National Congress (RNC) Rudko Kawczynski verdeutlichte bereits 1996: „Von Rückkehr zu sprechen ist dummes Zeug, Roma können nicht nach Jugoslawien zurückkehren, weil es Jugoslawien nicht mehr gibt. Sie waren Roma in Jugoslawien, eine Nationalität in dem Vielvölkerstaat. Wie wir alle wissen, hat in diesem selbstzerfleischenden Bürgerkrieg jede ethnische Gruppe mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln um ein Stückchen Land gekämpft und versucht, sich so weit wie möglich von den anderen abzugrenzen. Jetzt davon zu sprechen: Roma gehören in die Nachfolgestaaten, ist paradox.“³ Angehörige der Roma können abends nicht ungefährdet die Straße betreten, ohne sich der Gefahr auszusetzen, durch die Mehrheitsgesellschaft geschlagen, angespuckt und angepöbelt zu werden. Roma Frauen sind nachweislich von massiven sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen betroffen.⁴ Durch den aktuellen Rechtsruck in diesen Ländern wird die Diskriminierung von Rom_nja verstärkt, ihre Ausgrenzung durch rassistisch-nationalistische Ideologien legitimiert.

Für abgeschobene Rom_nja ist die Situation noch prekärer. Sie erhalten im ersten Jahr nach der Abschiebung keine Sozialhilfe. Ihre Pässe werden einbehalten, so lange bis eine „Wiedereinreisesperre“ abgelaufen ist. Zwar ist es internationales Menschenrecht, sein Land verlassen zu dürfen, für Rom_nja ist dies aber faktisch außer Kraft gesetzt.⁵

Viele dieser Leute sind bereits seit mehr als zehn Jahren oder gar länger hier. Sie haben in „ihrer Heimat“ nichts außer einer Vergangenheit. Viele ihrer Kinder können die lokalen Sprachen nicht. Neunzig Prozent der abgeschobenen Kinder besuchen in diesen Ländern keine Schule mehr.⁶

Deshalb bleibt vielen Rom_nja nur der Weg in die Illegalität. Dies verschärft die strukturelle Ausgrenzung allerdings in besonderem Maße, denn sie bedeutet wiederum keinen Zugang zu Wohnraum, Arbeit und Bildung, keinerlei Sozialleistungen und ein Leben unter der ständigen Androhung von Abschiebung. Viele Rom_nja werden und sind aufgrund der Belastungen krank und es ist zynisch, wie mit den Krankheiten bei der Planung der Abschiebungen verfahren wird.⁷

Trotz all dieser Tatsachen zeigt die Realität, dass Asylanträge aus diesen Ländern pauschal als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt werden.

Am Denkmal in Berlin streiken – auf historische Kontinuitäten aufmerksam machen

Seit den 1990iger Jahren protestieren Rom_nja bereits gegen Abschiebungen und für ein Bleiberecht aller Rom_nja.⁸ Bereits seit 2009 engagiert sich die Roma-Initiative „Alle Bleiben!“ für ein Bleiberecht aller Geflüchteten.⁹ Die Aktion 302 aus Münster setzt sich für dauerhafte Aufenthaltstitel von 302 Rom_nja aus dem Kosovo ein und hat bis heute viel für ihre Nachbar*innen erreicht. Hier wurde vor allem deutlich, wie wichtig lokale Initiativen und Nachbarschaften sind, und wie sehr Abschiebungen vom politischen Willen der Entscheidungsträger*innen abhängen.¹⁰

Zuletzt haben Roma das Denkmal für die im NS ermordeten Sint_ezze und Rom_nja als symbolischen Ort für ihren Protest gewählt, weil sie heute, 80 Jahre nach dem Porajmos¹¹, noch immer von dem Ort an dem sie leben, vertrieben werden. Die historische Schuld aus der Vernichtung der Rom_nja und Sint_ezze während des Nationalsozialismus liegt auf der Hand. Nach Schätzungen sind im nationalsozialistisch besetzten Europa 500.000 Sint_ezze und Rom_nja ermordet worden. Die mit Abschiebung konfrontierten Roma- Aktivist_innen suchten genau den Ort auf, der auf die Dimensionen, Kontinuität und die Geschichte der Verfolgung aufmerksam macht.

Ignoranz ist das Gegenteil von Solidarität

Was den Betroffenen am meisten fehlt, ist Solidarität. Die mutigen Besetzungen und Kirchen-asylaktionen finden – und das erschreckt uns zunehmend - kaum Unterstützung auch in der radikalen Linken. Die historisch-gesellschaftlichen Bezüge liegen auf der Hand. Solidarität ist Respekt. Was am meisten fehlt, ist Respekt gegenüber Sint_ezze und Rom_nja. Sie werden nicht als Gleichberechtigte behandelt. Ihr Schicksal rührt niemanden.

Wie kann es sein, dass eine rassistische Asylgesetzgebung in Deutschland eingeführt wird, die letzten Endes Geflüchtete unterscheidet in „wertvolle“ oder „schützenswerte“ und solche,

die als „Wirtschaftsflüchtlinge“ verunglimpft werden, denen der „Missbrauch“ des Asylrechts vorgeworfen wird, und sich der Aufschrei gegen diese Gesetzgebung auf ein paar wenige Demos begrenzt? Wenn die Rede von den „Armen“, vom „Sozialamt der Welt“, von „wir können nicht für alle sorgen“ ist, ist doch klar wer damit gemeint ist. Das sind Kinder, Enkel_innen und Urenkel_innen von Überlebenden der deutschen Vernichtungspolitik. Das sind die vom neoliberalen Kapitalismus Ausgeschlossenen. Die Forderung nach einem dauerhaften Bleiberecht jetzt als eine Art Mindest- »Wiedergutmachung« ist folgerichtig und muss gerade von gesellschaftskritischen Kräften und gerade jetzt gestellt werden. Rom_nja werden wieder systematisch kriminalisiert, (sogar mit Schäferhunden) abgeschoben und vertrieben.¹² Das eigentliche Problem sind aber eben nicht die „Missstände“. Die wären behebbar. Das Problem ist vielleicht auch noch nicht mal Desinteresse. Es gibt keinen Respekt, keine Anerkennung, keine Achtung. Wir sind solidarisch, indem wir die gleichen Maßstäbe anlegen wie an uns selbst. Wir selbst wollen Respekt, Achtung und Anerkennung. Unsere Verantwortung ist es zu erinnern, dafür einzutreten, dass das, was Rom_nja fordern und wofür sie kämpfen, gehört wird.

Gegen Antiromaismus

-
- [1] „Mitte“-Studie 2016: „Die enthemmte Mitte - Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland“ von Oliver Decker , Johannes Kiess und Elmar Brähler
 - [2] <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2015/mazedonien>
 - [3] <http://anti-ziganismus.de/artikel/roma-koennen-nicht-nach-jugoslawien-zurueckkehren/%29> > <http://anti-ziganismus.de/artikel/roma-koennen-nicht-nach-jugoslawien-zurueckkehren/>
 - [4] <http://www.bundesromaverband.de/herkunftslander-nicht-sicher-trotz-gesetz/>
 - [5] http://www.alle-bleiben.info/wp-content/uploads/2015/10/Mazedonien_Bericht_2015_web.pdf
 - [6] So Dejan Marković vom Roma Forum Serbia.
 - [7] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thomas-de-maiziere-falsche-zahlen-bei-attest-statistik-von-fluechtlingen-a-1098265.html> ; Kleine Anfrage Jule --> Suizidgefahr
 - [8] Ein sehr beeindruckendes Dokument ist der Dokumentarfilm „Gelem Gelem – Wir gehen einen langen Weg“ aus dem Jahr 1992(?) zu sehen auf youtube: <https://www.youtube.com/watch?v=Hr4gxllvXn0>
 - [9] <http://www.alle-bleiben.info/uber-uns/>
 - [10] <http://www.aktion302.de/index.php?id=223>
 - [11] Bedeutet auf Romanes „das Verschlingen“ und ist ein Begriff, der von vielen Romani Gruppen genutzt wird, um die Verbrechen der NationalsozialistInnen an Rom_nja zu bezeichnen.
 - [12] Dies geschieht auch an Gedenktagen wie dem 24. März dem Jahrestag der Deportation der süddeutschen Sinti und Roma nach Auschwitz: <https://rdl.de/beitrag/101-menschen-vom-ba-den-abschiebearport-den-balkan-abgeschoben-darunter-37-kinder-eine>

Wasteland United!

Spätestens nach dem Aufstieg von Pegida Ende 2014 und den pogromartigen Ausschreitungen von Freital und Heidenau letztes Jahr wurde auch dem letzten Menschen klar, wo das dunkle Deutschland zu verorten ist: in den Tiefen der ostdeutschen und vor allem sächsischen Provinz und ihrem Zentrum Dresden. Als Gruppe, die genau da seit fast fünf Jahren antifaschistische und linksradikale Politik betreibt, versuchen wir hier einige Aspekte dieser Arbeit darzustellen und zu erklären, warum wir¹ immer noch nicht weggezogen sind.

Noch vor 25 Jahren wurde Dunkeldeutschland synonym für fehlende Straßenbeleuchtung in Ostdeutschland oder eine allgemeine Rückständigkeit ehemaliger DDR-Bürger*innen verwendet. Schon damals diente letzteres vor allem zur Reinwaschung des eigenen regressiven Weltbildes. Heute dient es zur Verklärung eines hellen antirassistischen Deutschlands, was nicht nur angesichts der derzeitigen Abschottungspolitik eine Farce ist, sondern auch bei der Betrachtung aktueller Statistiken über rassistische Gewalt, maximale Zweifel aufkommen lässt. Die Situation in Sachsen ist mit ihren spezifischen Eigenheiten Ausdruck eines europaweiten rechten Roll-Back. Über diese spezifischen Eigenheiten, oftmals betitelt als sächsische Verhältnisse, wurde bereits viel geschrieben, weshalb wir uns in diesem Text eher auf hausgemachte Probleme und Perspektiven, die sich für uns hier ergeben, konzentrieren wollen.

Alles Drecksnester?

Vielen von uns stellte sich in letzter Zeit die Frage, was die letzte Demonstration, zu der als Reaktion auf eine rechte Mobilisierung aufgerufen wurde, in Stadt XY nachhaltig gebracht hat. Weder konnten wir großartig Menschen vor Ort erreichen, noch konnten wir langfristig Kontakt zu Geflüchteten, gegen die sich die rechte Mobilisierungen fast ausschließlich richteten, herstellen. In der (lokalen) Presse wurde das Geschehen meist extremismustheoretisch

gedeutet. Bestenfalls konnten wir etwas dem Verteidigen des guten Rufes durch lokale Politik und anderen entgegensetzen. Dieser Umstand liegt auch in unserem eigenen Auftreten begründet: Latschdemos im Black-Block-Style bei gleichzeitigen „Scheiß Drecksnest“-Rufen schrecken auch die letzten Menschen, die unserem Anliegen aufgeschlossen gegenüber gestanden hätten, ab, so nachvollziehbar dieses Verhalten in manchen Situationen auch war. Die Erklärung der Unversöhnlichkeit gegenüber einer Stadt, wird von den Bewohner*innen dieser Stadt mehrheitlich als Unversöhnlichkeit gegenüber sich selbst verstanden. Dass wir uns damit jegliche Chance zur Vermittlung linksradikaler Ideen nehmen, darf nicht verwundern. Letztendlich müssen wir uns fragen, was wir unter solchen Bedingungen an Widersprüchen aushalten können. Klar ist, dass diejenigen, die alle Menschen außerhalb ihrer Szenekieze als mindestens rechtsradikal erklären bzw. in solchen Situationen nur zu Polemik fähig sind, gern in ihrem Schlaraffenland bleiben können. Klar ist aber auch, dass jegliche Zusammenarbeit mit jenen, denen es um den Ruf der eigenen Stadt geht, ausgeschlossen ist. Hierbei soll es nicht darum gehen, die eigenen Standpunkte zum Zwecke der Massenwirksamkeit zu verwässern, sondern zu überlegen, wie wir diese gesellschaftlich wahrnehmbar machen.

Und nu?

Spätestens seit Ende 2014 stellte sich uns die Frage, ob wir auf jede Form rechter Mobilisierung reagieren, angesichts dessen, dass diese nun nahezu täglich stattfanden, nicht mehr. Trotzdem versuchen wir überall dorthin zu mobilisieren, wo ein Ausbruch in Gewalt des rechten Mobs absehbar oder schon geschehen ist, bzw. dorthin, wo wir lokal Menschen unterstützen können. Genau diese Menschen gibt es auch in der sächsischen Provinz, teilweise in organisierten Gruppen, teilweise auch unorganisiert. Wichtiger Bestandteil unserer Politik ist es deshalb, sich mit diesen zu vernetzen und sie im Aufbau von Strukturen zu unterstützen, um auch abseits von Großstädten linksradikale Politik wahrnehmbar zu machen. Anknüpfungspunkt ist dabei gerade bei jüngeren Menschen oft das gemeinsame Label „Antifa“. Anfangs wird darunter oft „Anti-Nazi“-Arbeit verstanden, die auch angesichts der eigenen Erfahrungen mit der sächsischen Provinz als notwendig erachtet wird. In diesem Szenario können und müssen wir so gut es geht unterstützen und haben dabei die Chance ein radikalisierender Faktor zu sein. Obwohl es dieser Betrachtung eventuell entgegensteht, war es dennoch richtig auf Szenarien wie Heidenau oder Freital auf eine Art und Weise zu reagieren, die den rassistischen Mob in seinen Handlungsmöglichkeiten so weit wie machbar einschränkt, und alle schützt, die sich im Fadenkreuz von diesem befinden. Im Alltag betrifft das meist Menschen, die als nicht-deutsch wahrgenommen werden. Es ist wichtig sich nicht nur in diesen Situationen gemeinsam mit diesen Menschen zu organisieren, nicht nur gegen rassistische Übergriffe, sondern auch gegen eine rassistische Asylpolitik und für globale Bewegungsfreiheit für alle Menschen. Die gemeinsame politische Organisation nach dem Mord an Khaled Idris Bahray oder das Camp auf dem Theaterplatz können Blaupausen für solch einen Kampf sein.

Wir erleben gerade in Städten wie Leipzig, Chemnitz oder Dresden eine Politisierung, hier wieder besonders von jungen Menschen, durch die Gegenproteste zu Pegida und anderen Hässlichkeiten, die mit den Jahren zuvor nicht vergleichbar ist. Dass es oftmals antifaschis-

tische Gruppen sind, die diesen Protest organisieren oder sich zumindest an ihm beteiligen, macht das Label Antifa sympathisch. Das durchbricht das ansonsten weit verbreitete von extremismustheoretischen Ansätzen beeinflusste Denken, welches viele Menschen für uns unerreichbar macht. Dieses Potential an Anschlussfähigkeit für linksradikale Politik ist so hoch wie lang nicht mehr. In dieser Situation müssen wir für genau diese Menschen ansprechbar werden und Angebote schaffen. Dies kann zum Beispiel durch Unterstützung oder Aufbau von Jugendgruppen passieren, deren Zahl in Dresden gestiegen ist. Auch der antifaschistische Jugendkongress in Chemnitz im April 2016 hat gezeigt, dass die Zahl derer, die sich gegen den sächsischen Status Quo organisieren wollen, höher ist als wir denken.

„Kennst du die, mit den schwarzen Jacken da...?“

Viele von uns investieren massiv Zeit, um auf Demos im gesamten Bundesgebiet zu fahren. Im Verhältnis zur Anzahl organisierter Menschen ist die radikale Linke einigermaßen gut vernetzt, ob bundes- oder europaweit. Uns macht es Spaß weit zu fahren, in kritischer Solidarität über Feinheiten von fernen Utopien zu diskutieren und uns über verschiedene Ansätze linksradikaler Politik auszutauschen. Daran ist natürlich auch nichts auszusetzen. Gerade für Menschen aus Dresden ist es wichtig hin und wieder aus dieser Stadt raus zukommen und sicherlich gibt es in anderen Ländern Perspektiven, von denen wir nur lernen können. Ein grundlegendes Problem sehen wir hier exemplarisch dennoch. Uns fällt es leicht mit Genoss*innen, mit denen wir auf einer Wellenlänge sind, über unsere Vorstellungen einer befreiten Gesellschaft, über verschiedene Facetten unserer Politik oder auch nur über dies und das zu reden. Mit unseren Nachbar*innen, die sich nicht explizit als politisch verstehen oder vielleicht auch einfach nicht Teil einer linken Szene sind, schaffen wir genau das viel zu oft nicht. Meistens kennen wir die Studis aus der WG gegenüber oder die Großfamilie eine Straße weiter nicht einmal. Die Hauptursache darin sehen wir darin bei uns selbst. Die radikale Linke fühlt sich viel zu wohl in ihrer moralischen Überlegenheit innerhalb der selbst geschaffenen Nische, sieht sich viel lieber außerhalb der Gesellschaft, die sie kritisieren will. Von der Außenlinie zuschauen und pöbeln ist am Ende scheinbar doch viel gemüthlicher und steht günstigerweise der eigenen akademischen oder Parteikarriere auch nicht im Weg. Dass auch wir Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse sind, vergessen wir lieber. Diese Abgeschiedenheit bringt uns weder auf Dauer noch kurzfristig weiter. Was außer Selbstbestätigung nützt uns die radikalste Kritik, wenn diese einerseits nicht außerhalb von Kongressen, Demos oder unseren anderen Elfenbeintürmen stattfindet, und andererseits eine sich daraus entwickelnde Praxis schon fast kategorisch ausgeschlossen wird. Eine Möglichkeit aus diesem Sumpf auszubrechen ist die aktive Arbeit und Vernetzung im eigenen Stadtteil. Indem wir niedrigschwellige Angebote schaffen, wie Kulturprogramme, Straßenfeste oder einfach gemeinsames Rumhängen im Kiez, können wir weit verbreitete von extremismustheoretischen Ansätzen durchdrungene Denkweisen aber auch verschiedene Klischeebilder brechen. Notwendige Voraussetzung dafür ist die Schaffung von Räumen, in denen Menschen zusammen kommen können. Dies können beispielsweise Stadtteilläden sein, aber auch Aneignung von öffentlichem Raum. Ein weiterer Ansatz ist die Schaffung von Sozialen Zentren für alle, in denen Wohnraumpolitik mit der Organisation von und mit Menschen ohne Papiere verbunden werden kann. In Alltagsgesprächen oder auch

Beratungsangeboten können wir Probleme, wie Stress mit der*dem Vermieter*in, Hartz IV oder vieles andere, kollektiv angehen und so Ideen von einer völlig anderen Organisation von Gesellschaft praktisch erlebbar machen. Hier können wir unsere radikale Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen platzieren. Dies alles führt weiterhin zu Normalisierungsprozessen von linksradikaler Politik im Kiez. Ein nächster Schritt könnte darin liegen, den Kiez zu organisieren. Konzepte wie beispielsweise das des libertären Kommunalismus bieten Ansätze in Stadtteilversammlungen, als ein Ort, an dem politische Entscheidungen in Aushandlungsprozessen getroffen werden, die Ebene der Symbolpolitik zu verlassen und Alternativen zu Staat, Nation und Kapital sichtbar zu machen.

Wir haben versucht zu zeigen, dass es auch in Dresden und Umgebung Perspektiven für eine antifaschistische Linke geben kann. Wir haben versucht aufzuzeigen, warum wir aus unserem Szenesumpf herauskommen müssen, und wie das passieren kann. Wir wollen damit auch Diskussionsprozesse in Gang setzen. Denn einfach nur weitermachen wie bisher kann für uns ganz offensichtlich keine Option sein. Bleibt noch zu sagen: Die Zeiten sind beschissen, lasst uns alles dafür tun, dass es nicht so bleibt!

Undogmatische Radikale Antifa

[1] Wenn hier von „Wir“ gesprochen wird, sind wir als Gruppe gemeint, beziehungsweise die radikale Linke, in welcher wir uns politisch verorten.

Nach dem Tortengate: Um was es geht

Nach dem Tortenwurf auf dem Magdeburger Parteitag der LINKEN versuchten einige Teile der Partei alte Rechnungen mit der radikalen Linken zu begleichen. Wir fordern stattdessen die konsequente Absage an Nationalismus und Rassismus in Deutschland – und in der Partei.

Auf dem Bundesparteitag der LINKEN im Mai 2016 in Magdeburg warfen Aktivist*innen unter dem Namen »Torten für Menschenfeinde« der Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht eine Torte ins Gesicht. Sie begründeten ihre Aktion mit deren Äußerungen zum »Gastrecht«, einer »nationalen Borniertheit« der Partei als Ganzes sowie der sich daraus angeblich ergebenden Nähe zur AfD.

Die uns unbekannten Aktivist*innen »akkreditierten« sich über das Zeitungsprojekt »Straßen aus Zucker« (SaZ) – allerdings ohne das Wissen der Redaktion. Die stellte umgehend klar, dass sie am Parteitag besseres zu tun gehabt hat. Damit könnte die Sache erledigt sein, käme sie nicht einigen offenbar sehr gelegen. Denn das Selbstverständigungsorgan der deutschen Bourgeoisie, die FAZ, erklärte TOP B3RLIN neben einigen anderen, aufgrund unserer wiederholten Kritik an Wagenknecht und weil die SaZ eines unserer Projekte ist, kurzerhand zu den ideologischen Drahtziehern – also gewissermaßen zu den geistigen Konditor*innen der Torte. Teile der Linkspartei haben diesen konservativen Spaltungsversuch zum Anlass genommen, um alte Rechnungen mit der radikalen Linken zu begleichen und unter Zuhilfenahme einer Hermeneutik des Verdachts zu fordern, die Kooperation von Rosa-Luxemburg-Stiftung und SaZ einzustellen. Das ist für uns dann doch Anlass, etwas zur Sache zu sagen. Auch weil die mit dem Vorgang verbundenen bündnispolitischen und inhaltlichen Fragen keine Nebensache sind.

Nochmal von vorne: Links ist...

Um ganz grundsätzlich anzufangen: Links ist, davon auszugehen, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Menschen leben, von ihnen selbst gemacht und dementsprechend veränderbar sind. Eine Welt der Freiheit, Gleichheit und Solidarität für alle Menschen gilt

bei Linken mithin als möglich. Wie man eine herrschaftsfreie Gesellschaft verwirklicht, darüber streitet die Linke aber seit mindestens 200 Jahren, und das zu Recht. Dabei geht es um Fragen der Analyse, der Strategie und der Taktik – die Sache ist also einigermaßen kompliziert und führt zwischen linken Parteien und außerparlamentarischen Bewegungen, reformistischen und radikalen Linken, Populist*innen und Avantgardist*innen regelmäßig zu Zoff.

Auch wir sind uns bezüglich des Masterplans einer emanzipatorischen Veränderung der Gesellschaft noch nicht ganz sicher. Wir meinen aber, dass es gute analytische und historische Argumente dafür gibt, den Staat nicht einfach als Instrument der Befreiung anzusehen und es deshalb eher bewegungsförmige, autonome und selbstorganisierte Formen antikapitalistischer Kritik und Praxis braucht.

Linke Bündnisarbeit und ihre Konflikte

Gleichzeitig fängt eine Bewegung der Befreiung aber nicht bei Null an, sondern unter konkreten politischen Bedingungen und sozialen Kräfteverhältnissen. Zudem haben Bewegungs- wie Parteiform linker Politik ehrfahrungsgemäß je eigene Grenzen und strukturelle Probleme. Das legt es der gesellschaftlichen Linken nahe, bei allen Unterschieden in Strategie und Taktik, zumindest anlassbezogen zusammenzuarbeiten. Deswegen machen wir das auch schon seit längerem. Und wie »Dresden nazifrei«, Blockupy oder die langjährige gemeinsame Organisation der Marx-Herbstschule zeigen, kann eine solche Kooperation für beide Seiten gewinnbringend sein. Auch wenn solche Bündnisse nie konfliktfrei sind und es logischerweise auch nicht sein können, beginnt das wirkliche Problem erst, wenn unterschiedliche strategische Einschätzungen zu gegenteiligen politischen Schlüssen führen. Und der Spaß hört spätestens dann ganz auf, wenn linke Grundüberzeugungen, wie die Gleichheit aller Menschen, und sei es auch »nur« aus taktischen Erwägungen, in Frage gestellt werden – womit wir beim Tortengate wären.

Denn die anhaltenden Äußerungen von Sahra Wagenknecht, dass es unterschiedliche Rechte für Menschen aufgrund ihrer Herkunft geben sollte, vermischen gezielt Menschenrechte und Strafrecht und sind nationalistisch (»Wer sein Gastrecht missbraucht, der hat sein Gastrecht eben auch verwirkt«). Wagenknecht tätigt sie kalkuliert in einer Situation, in der sie faktisch dazu beiträgt, die tödliche Politik der Abschottung Europas wieder ins Werk zu setzen. Damit befeuert sie – ausgerechnet von links – einen Diskurs mit, dessen Folge dann der EU-Erdoğan Deal ist, den die Linkspartei zwar zu Recht ablehnt, an deren Zustandekommen prominente Teile der Partei so aber indirekt beteiligt waren. Insofern scheint uns das in großen Teilen der Partei zur Schau gestellte, totale Unverständnis über den Tortenwurf auf Wagenknecht doch, diplomatisch formuliert, befremdlich. Zumal ein Tortenwurf, frei nach Johannes Agnoli, eindeutig zum Aktionsrepertoire derjenigen gehört, deren schriftliche Eingaben von den Mächtigen nur allzu oft kältlächelnd ignoriert werden.

Links ist nicht rechts:

Eine Gleichsetzung der Linkspartei mit der offen rassistischen AfD, wie sie die Torten-Aktivist*innen nahelegen, greift allerdings daneben. Denn sie liegt eher auf der Linie der bürgerlichen Extremismustheorie, die die politischen Ränder als „extremistisch“ brandmarkt und dabei ausgerechnet die bürgerliche Mitte von Rassismus und anderen Ideologien der Ungleichheit frei spricht.

Das festzustellen ist umso wichtiger, als es die Politik der bürgerlichen Mitte, von CDU über SPD bis zu den Grünen, selbst ist, die derzeit ganz praktisch jene tödliche Abschottung organisiert, die der AfD noch zu lasch ist. Teile der Linkspartei sind in diesem Zusammenhang also nicht dafür zu kritisieren, dass sie irgendwie aus der Reihe der bürgerlichen Parteien der Mitte ausscheren, sondern dass sie das gerade nicht tun. Eine Kritik am nationalen Konsens muss präzise sein und sich sowohl gegen den »heißen« völkischen Nationalismus von Pegida, »besorgten Bürgern«, CSU, AfD und Neonazis als auch gegen den »kalten« institutionellen Rassismus wenden, wie ihn die Bundesregierung und die EU forcieren, und der von Grünen, aber eben auch von Teilen der Linkspartei als Teil einer »verantwortungsvoller Staatsräson« gestützt wird.

Vor diesem Hintergrund wäre es die Aufgabe einer radikalen Linken, deutlich zu machen, wie »AfD-nah« die bürgerliche Mitte selbst ist, anstatt einer Gleichsetzung von Links und Rechts das Wort zu reden. Denn diese Gleichsetzung verharmlost den Rassismus und negiert die realen Widersprüche, die unter anderem darin bestehen, dass große Teile der Linkspartei Wagenknecht öffentlich widersprochen haben, gegen jede Asylrechtsverschärfung stimmen sowie in der praktischen Solidarität mit Geflüchteten aktiv sind.

Das Böse kam nicht mit der Torte in die Welt

Festzuhalten bleibt aber, dass das Böse nicht mit der Torte in die Welt kam, sondern das wesentliche Problem darin liegt, dass es in diesem Land einen nationalen Konsens gibt, der von Rechts über die Mitte bis in die Linkspartei hineinreicht – und dessen Konsequenz stets darin besteht, die dringende Frage sozialer Gerechtigkeit national zu beantworten.

Die Renovierung der Festung Europa mit all ihren tödlichen Konsequenzen ist nur durch das Zusammenspiel von bürgerlicher Mitte und rechtem Rand möglich gewesen. Dass Bürgerwehren sich ermächtigt fühlen, Asylbewerber*innen an Bäume zu fesseln, fast täglich Geflüchtetenunterkünfte angegriffen werden, rechte Parteien ungebremsst Erfolge feiern, ist dabei die eine Seite. Die erneuten Verschärfungen des Asylrechts bis zu seiner faktischen Abschaffung ist die andere, nicht weniger barbarische. Beide sind Zeichen eines umfassenden nationalen Rollbacks. Und das nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Die Krise des europäischen Grenzregimes ist unmittelbare Folge des Zusammenbruchs der nicht zuletzt vom europäischen Kapitalismus verwüsteten Peripherien, und selbst im ökonomischen Gewinnerland Deutschland wird es ungemütlich. Die von Prekarisierung betroffene Arbeiter*innenschaft

fürchtet eine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, linke gesellschaftliche Alternativen scheinen derweil kaum sichtbar und der Weg in die nationale Abschottung als rational. Leider auch für Teile derjenigen, die es qua ihrer eigenen Selbstverortung als Linke besser wissen müssten.

Standortnationalismus, Partypatriotismus und Nützlichkeitsrassismus

Die Etablierung rechter, rassistischer und nationalistischer Positionen erschöpft sich also nicht in den reaktionären Spaziergängen von Pegida und einer sich etablierenden Partei rechts der Union, sondern ist deshalb so erfolgreich, weil es mit Standortnationalismus, Partypatriotismus und Nützlichkeitsrassismus jede Menge Vorstellungen gibt, an die sich »in der Mitte der Gesellschaft« anschließen lässt. Das ist bekannt.

Die Tatsache, dass Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine und andere trotzdem nicht selten auf die nationale Karte setzen, wird daher weiterhin Gegenstand der Kritik sein. Diese Kritik kann keine Rücksicht auf parteiinterne Harmoniebedürfnisse und allgemeine Strömungslehre nehmen, auch nicht im Wahlkampf. Daher ein Vorschlag zur Güte: Anstatt die Überbringenden für die schlechte Nachricht verantwortlich zu machen, wäre es doch viel besser, wenn es keinen Anlass mehr für eine Kritik des Nationalismus in einer linken Partei gäbe.

TOP B3RLIN

P.S. Immerhin wurde die Anzeige gegen den Tortenwerfer inzwischen zurückgezogen. Man muss es mit dem staatstragenden Getue schließlich auch nicht übertreiben.

Gerücht und Objektivität in Zeiten völkischer Mobilmachung

Jetzt ist es raus: Der Freistaat Sachsen hat Pegida kein Geld bezahlt; Innenminister Markus Ulbig hat Kathrin Oertel und andere aus dem Organisationskreis Anfang 2015 nicht bestochen, seltener zu demonstrieren oder gar „die Bewegung zu spalten“. Das kam nach einer umfassenden Prüfung in allen Ministerien zutage, weil der AfD-Landtagsabgeordnete Carsten Hütter eine entsprechende Anfrage gestellt hatte.¹

Dabei klang die Anschuldigung von Anfang an unglaubwürdig, wäre Geld doch zum damaligen Zeitpunkt ein unwahrscheinliches Mittel gewesen, um Oertel und die anderen dazu anzustiften, ihre Volksbewegung zu bremsen. Dafür schienen sie zu idealistisch und außerdem zu skeptisch gegenüber „der Politik“. Ein Geldangebot wäre als Volksverrat skandalisiert worden. Außerdem ist die Geschichte ihrer Form nach uralte: Weil Pegida keinen Dissens aushalten kann, wird jeder Streit mit dem Verschwörungsmythos belegt, ein Spaltungsversuch von außen zu sein. Der Volksgeist hingegen hat qua seiner Natur einen gemeinsamen Willen, den er nur auszurufen braucht. Da kann es keine Meinungsverschiedenheit geben.

Das Gerücht als Mittel der Politik – Vom Gratiseinkauf zur Vergewaltigung

Viel wichtiger ist an dieser Geschichte: Die völkische Rechte wie Pegida, die AfD oder das Compact-Magazin nutzen das Gerücht als Mittel der Politik und arbeiten daran, den Unterschied zwischen Wahrheit und Lüge zu verwischen. Dazu gehören die großen Verschwörungstheorien mit Welterklärungsanspruch, aber auch die vielen kleinen Verleumdungen von Asylsuchenden, die klauen, alles gratis bekommen, permanent „deutsche Frauen“ vergewaltigen – und über die angebliche Vertuschung all dessen durch Politik und Medien.

Dass es dieses letzte Gerücht über die Bestechung Pegidas mithilfe der AfD auf den Status einer Kleinen Anfrage verbunden mit sachlich-interessierter Medienberichterstattung geschafft hat, zeigt, dass die Bewegung damit Erfolg hat. An der Sinnhaftigkeit des Gerüchts wird nicht gezweifelt; es ist mit objektiven Fakten zu überprüfen. Natürlich spielte in diesem Fall eine Rolle, dass Markus Ulbig in höchstem Maße konservative politische Einstellungen mit mitleiderregender Inkompetenz verbindet, sodass ihm als Person ein derart unsinniges Angebot zuzutrauen wäre. Aber es gehört darüber hinaus zum Zeitgeist, pseudoskeptisch alles in Frage zu stellen – was im Umkehrschluss alles möglich erscheinen lässt. Deswegen gilt jede Kritik an Pegida als Lüge und jeder noch so große Stuss über Geflüchtete, „Asylindustrie“ und „Lügenpresse“ zumindest als glaubhafte These, die erst widerlegt werden muss.

Nicht nur klassische Rechtspopulist*innen arbeiten mit dem Gerücht, sondern auch Technokrat*innen wie Innenminister Thomas de Maizière wagen sich immer öfter an das Spiel mit der Mutmaßung, denn es garantiert öffentliche Aufmerksamkeit: Ende 2015 behauptete er, dass viele Asylsuchende sich als syrisch ausgeben würden, um leichter das Bleiberecht zu erlangen – eine falsche Anschuldigung ohne jede Grundlage.² Im Juni diesen Jahres beschuldigte er Ärzt*innen, falsche Atteste auszustellen, um Abschiebungen zu verhindern. Wieder berief er sich auf Statistiken, die es so gar nicht gibt.³ Beide Storys wurden widerlegt, wirkungslos blieben sie deswegen nicht. Mit dem Gerücht lässt sich ein Zweifel streuen, der oft sogar dann bleibt, wenn die Anschuldigung widerlegt ist. Es trägt bei zu einem sich ausbreitenden Relativismus, der die Grenze zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit verwischt wie auch die Grenze zwischen Ansicht und Tatsache – am Ende gibt es nur noch das Meinen.

Die liberale Reaktion: Fetisch Objektivität

Die bürgerliche Strategie gegen Gerüchte und Lügen ist keine politische Haltung gegen den Unfug, sondern der Schrei nach totaler Objektivität in Medien, Wissenschaft und überhaupt im Umgang mit besorgten Bürger*innen. Die Sächsische Zeitung schreitet voran; ihre Redaktion gab am 1. Juli 2016 bekannt, ab sofort bei allen Straftaten die Nationalität der Tatverdächtigen zu nennen, egal ob ausländisch oder deutsch. Sie wolle „Fakten gegen Gerüchte“ setzen, „da wir wissen, dass gerade das Thema Ausländerkriminalität eine besonders sensible Leser-Vertrauensfrage ist [...]“⁴. Dazu setzt die Zeitung sich über den Kodex des Presserats hinweg, wonach nur für den Tathergang relevante Nationalitäten zu nennen sind.

Die Mehrheit der Redaktionsmitglieder ist der Ansicht, dass ein Teil jener Leser*innen, welche die Zahl „krimineller Flüchtlinge“ weit überschätzen, durch diese neue Maßnahme aufgeklärt werden kann. Damit will die SÄZ schließlich sogar zum Minderheitenschutz beitragen, indem sie „die überwiegende Mehrheit der nicht kriminellen Flüchtlinge“ vor Diskriminierung schütze. Tatsächlich genügen wenige Blicke auf die Facebook-Seite von Pegida, um festzustellen, dass man es mit stark ideologisierten Personen zu tun hat, deren Wahrnehmung entsprechend selektiv ist, sprich: Beim Lesen gerät der deutsche Verdächtige in Vergessenheit oder seine Tat wird gerechtfertigt, die ausländische Verdächtige bleibt im Gedächtnis hängen, „da sieht man’s ja wieder!“ Schließlich sind Pegida und andere in der Lage, Lügenpresse zu schreien und gleichzeitig Spiegel und Bild zu zitieren, wenn die Berichte in ihr Schema von Welt passen. Minderheitenschutz ist also eine unsinnige Begründung, im Gegenteil trägt die Maßnahme zur rassistischen Stigmatisierung bei, weil die Einzeltat direkt mit einem nationalen Kollektiv in Verbindung gebracht wird.⁵ Objektiv⁶ sind diese Kriterien ohnehin nur, wenn Nationalität zur Natur verklärt und nicht als gesellschaftliches Konstrukt verstanden wird.

Mit Aufklärung hat diese Maßnahme also ebenfalls wenig zu tun. Bleibt die „Leser-Vertrauensfrage“: Die Sächsische Zeitung biedert sich mit diesem Schritt den Pegida-nahen Leser*innen an, um sie als Abonnent*innen nicht zu verlieren. Das bedeutet aber gerade nicht Objektivität, sondern folgt dem Ruf einer aggressiv brüllenden Gruppe. Dass die Mehrheit der Leser*innen

weder der S&Z misstraut, noch der Ansicht ist, Flüchtlinge seien krimineller als Deutsche, wird von der Redaktion zwar erwähnt, jedoch zieht sie keine Schlüsse daraus. Pegida erhält strukturell gesehen eine dauerhafte Stimme in der größten Dresdner Lokalzeitung. Dem Stereotyp vom „kriminellen Ausländer“ wird durch diese Praxis zur gesellschaftlichen Wahrheit verholfen, denn es wird als dauerhaft zu widerlegende – also ernstzunehmende – Annahme geadelt.⁷

Auch Wissenschaftler*innen versuchen sich an penibler Genauigkeit als Antwort auf Pegida und die Politik des Munkelns und Unkens. Die Forschungsgruppe „Durchgezählt“ zählt jede Woche die Teilnehmenden bei Pegida mit wissenschaftlichen Methoden und Kriterien. Der Ausgangspunkt: Pegida träumte zu ihren Hochzeiten von noch höheren Teilnahmezahlen und geißelte jede widersprechende Schätzung als Lüge. Dagegen versuchte „Durchgezählt“ Pegida exakt und nachvollziehbar zu beziffern. So erfahren wir wöchentlich von 2.500-3.000 Menschen bei Pegida. Interessant sind diese Zahlen für Beobachter*innen der Bewegung, zumindest waren sie es in Zeiten großen Zulaufs. Heute erscheint uns eher relevant, ob dort circa 2.000 oder 8.000 Personen sind und warum es zu den Schwankungen kommt – Zahlen, die man ohne Weiteres schätzen kann. Wozu die Genauigkeit der Zahlen – vor allem, wenn ihr keine Analyse der Ursachen folgt?

Während Pegida also wüste Gerüchte ohne jeden Beleg in die Welt wirft und sich noch deren Aufwertung durch Parlament, Medienberichte, „Spitzenpolitiker*innen“ und Anpassungen medialer Praxen erfreuen kann, versucht die liberale Bürgerlichkeit penibel jeden Fakt zu erfassen und die Wirklichkeit haargenau wiederzugeben – ein Versuch, der zum Scheitern verurteilt ist und auch immer für die demagogische Propaganda in Dienst genommen werden kann.

Das Streben nach völliger Objektivität begleitet auch Teile der (sächsischen) Politikwissenschaft bei ihrer Beschäftigung mit Pegida. Objektivität heißt in diesem Fall Empirismus, Positivismus und das Verweigern von Abstraktion, Analyse und Kritik – das, was Wissenschaft von der puren Faktensammlung unterscheiden sollte. Allen voran Werner Patzelt⁸, inzwischen das akademische Sprechorgan von Pegida, stellt jede Kritik an Pegida als Verleumdung harmloser Bürger dar und kontert mit ausführlichen Umfragen, die er selbst als methodisch vorbildlich lobt. Der tatsächliche Informationsgehalt hält sich in Grenzen. Und auch die bundesweite Debatte über Pegida war stark von diesem Wissenschaftsverständnis beeinflusst: Jede neue Statistik über die Teilnehmenden wurde begeistert diskutiert und anhand ihrer vermeintlichen Repräsentativität bewertet.

Während es richtig ist, dass jede Abstraktion eben auch konkrete Unterschiede überdeckt und jede Wahrnehmung schon Projektion enthält, versucht der sozialwissenschaftliche Empirist sich aus der Verantwortung für Reflexion und Analyse zu stehlen, indem er vermeintlich nur Daten sammelt und diese zu Balkendiagrammen bastelt, die objektiv und unvermittelt die Realität wiedergeben sollen. Wenn sich dabei ein Großteil der Befragten der politischen Mitte zuordnet, gilt das erstens als wahr und belegt zweitens deren vermeintliche Harmlosigkeit: Mitte heißt normal, gewaltfrei und demokratisch – alles andere ist laut der etablierten sächsischen Politikwissenschaft den Extremist*innen vorbehalten.

Anstatt einer Analyse und Kritik von Ideologien, deren Ursachen und Veränderungsmöglichkeiten will der Wissenschaftsapparat so viele Fakten und Daten wie möglich sammeln – und dabei möglichst wertfrei bleiben. Wer angibt, für Demokratie zu sein, ist Demokrat*in. Was unter Demokratie verstanden wird, wird gar nicht erst thematisiert.

Die aktivistische Reaktion: Sammeln, sammeln, sammeln

Auch Aktivist*innen und Engagierte reagieren auf die Gerüchte und Verleumdungen, die vor allem via sozialen Medien schnell Verbreitung finden, oft mit akribischem Sammeln. „Perlen aus Freital“ etwa sammeln die rüdigsten Kommentare, die das Internet zu bieten hat. Das erleichtert Anzeigen und diente wohl auch eine Zeitlang dazu, die Bevölkerungsteile zu schockieren, die zwar nicht mit Pegida sympathisierten, aber angestrengt weg sahen. Doch was bleibt vom Kabinett des Grauens, wenn die Grenzen des Sagbaren immer weiter ausgedehnt werden? Wer soll jetzt noch geschockt werden, oder gar aufgeklärt oder aktiviert?

Ein anderes Projekt „Hoaxmap“ hat das Ziel, Gerüchte über Geflüchtete zu sammeln und zu widerlegen. Das ist in einzelnen Situationen sicherlich hilfreich. Aber was bleibt über die Sammlung hinaus? Es fehlt eine Analyse der Ursache für die vielen Lügen, die klarmachen würde: Dahinter stecken rassistische Stereotype, die nicht einfach durch Fakten zu widerlegen sind.

Nachdem bekannt wurde, dass eine angebliche Vergewaltigung durch einen Flüchtling an der TU Dresden frei erfunden war, wurde auf Facebook geunk: „Es hätte ja aber so passiert sein können.“ Denn die Hetzer*innen sind längst faktenresistent, die Wahrheit kümmert sie nicht, sie pflegen ausschließlich ihr Ressentiment. So zeigt die Tatsache, dass Supermärkte sich gezwungen sehen, Schilder aufzuhängen, auf denen sie Gerüchten über Gratis-Einkäufe widersprechen,⁹ wie defensiv, wenn auch richtig, solche Aufklärungsversuche sind. Das widerlegte Gerücht ist derart unsinnig, dass es erst durch die Reaktion zur gesellschaftlichen Realität erhoben wird.

Der Rassismus erfüllt Funktionen, er schafft feste Identitäten, klare Grenzen und Hierarchien; er legitimiert kapitalistische und postkoloniale Ungerechtigkeit und Ausgrenzung, wo sie Unbehagen hervorrufen; er schafft kollektives Selbstbewusstsein wo das individuelle ständig gekränkt wird. Kurz: Er ist mit den rassistischen Subjekten und einer rassistischen Gesellschaft zu erklären, und nicht mit seinen Opfern. Den aktuellen Wahrheitsverlust werden Empirismus, Statistiken und Faktensammlungen nicht bewältigen. Wir sind nicht in der Beweispflicht. Die Diskussion muss weg vom vermeintlichen Verhalten der Geflüchteten zur Kritik der völkischen Rassist*innen und der kapitalistischen, strukturell rassistischen Gesellschaft mit ihren Mechanismen der Ausgrenzung und Ungerechtigkeit.

gruppe polar

-
- [1] So berichtete unter anderen die Sächsische Zeitung, <http://www.sz-online.de/sachsen/frei-staat-zahle-pegida-kein-geld-3469330.html>
 - [2] <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2015/Falsche-Syrer-Wie-der-Innenminister-Geruechte-schuert,demaziere108.html>
 - [3] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thomas-de-maiziere-falsche-zahlen-bei-attest-statistik-von-fluechtlingen-a-1098265.html>
 - [4] Sächsische Zeitung nennt Herkunft von Täter*innen <http://www.sz-online.de/sachsen/fakten-gegen-geruechte-3434300.html>
 - [5] Außerdem ist die Polizei bei ihrer Wahl der Tatverdächtigen ebenfalls kaum objektiv, sodass wahrscheinlich viel öfter über Nicht-Deutsche Verdächtige berichtet wird, als je überführt werden.
 - [6] Zudem heißt objektive Berichterstattung gar nicht, möglichst alle Einzelheiten aufzuzählen, sondern relevante Fakten zu nennen, Zusammenhänge herzustellen und nachvollziehbar zu berichten, sodass die mündige Leserin die Möglichkeit hat, den Artikel kritisch zu prüfen und das Ereignis zu begreifen. Ein Übermaß irrelevanter Fakten kann dies erschweren, und mögen sie noch so wahr sein.
 - [7] Dabei gäbe es wichtige Themen – seit Jahren kritisieren Linke die SÄZ als zu wenig investigativ und regierungskritisch. Bisher wurde diese Kritik aber nicht durch Umfragen erfasst und dann mit Bekanntmachungen und redaktionellen Anpassungen belohnt.
 - [8] Wer ihn nicht kennt: Patzelt erzählt seit dem Beginn von Pegida, es handle sich um „besorgte, harmlose Bürger“ und die Politik solle endlich wieder auf den brodelnden Volkswillen hören; <https://www.addn.me/freiraeume/tu-studierende-mit-kritik-an-patzelt/>
 - [9] <http://www.stern.de/wirtschaft/news/fluechtlinge--supermarkt-real-sagt-in-heidenau--was-man-von-rechter-hetze-haelt-6458364.html>

Autor*innen

Ausser Kontrolle – Gruppe für einen neuen Internationalismus

AusserKontrolle ist eine antiautoritäre / anarchistische Gruppe und wurde 2009 gegründet, um die Inhaftierten nach den Protesten gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg zu unterstützen. Durch diese Arbeit wuchs das Bewusstsein für Repression und die sog. europäische Sicherheitsarchitektur. Die Gruppe befasste sich daraufhin mit staatlicher Repression und deren Auswirkungen auf soziale Bewegungen und organisierte Vorträge und Diskussionen. In den letzten Jahren wurde AusserKontrolle auch auf der Straße aktiv und beteiligte sich an verschiedenen Mobilisierungen. Die aktuellen Diskussionen drehen sich um die Kritik am Internationalismus und eine zeitgemäße Form des Internationalismus. Seit September 2015 ist die Gruppe zusammen mit der lokalen Fédération critique'n'act Teil des „ums Ganze...“ – Bündnisses. <http://ausserkontrolle.blogspot.de/>

Dresden postkolonial

Wir setzen uns mit verschiedenen Perspektiven der Postkolonialen Theorien auseinander. Dabei liegt der Fokus auf der Auseinandersetzung mit (neo-kolonialen) Herrschafts- und Machtverhältnissen, die sich aus der Kolonialzeit ableiten und noch bis heute existieren und somit unseren Alltag und unserer Wahrnehmung auf verschiedenste Art und Weise prägen. Konkret beleuchten wir dabei Orte in Dresden, die direkt oder indirekt Ausdruck (Post-)Kolonialer Verhältnisse sind, um verschiedene Perspektiven zu öffnen und zum Nachdenken anzuregen.

<http://dresden-postkolonial.de/>

Gruppe gegen Antiromaismus

Gegen Antiromaismus ist eine Dresdner Gruppe, die sich kritisch mit der Ideologie des Antiromaismus/Antiziganismus beschäftigt und sich mit Betroffenen solidarisiert. Sie engagiert sich dafür, dass der deutsche Staat vor dem Hintergrund der Vernichtung der europäischen Roma im Porajmos seine historische Verantwortung übernimmt. So organisierte die Gruppe eine Infotour durch Deutschland mit tschechischen Roma-Aktivist_innen, die sich für eine würdige Erinnerungskultur an den Porajmos in Lety u Písku in Tschechien einsetzen, dem Ort eines ehemaligen Konzentrationslagers und heutigem Standort einer Schweinemastanstalt. Ein weiteres Feld der Gruppe ist die Unterstützung von Abschiebung bedrohter Roma.
<https://www.facebook.com/gegenantiromaismus>

gruppe polar

Die gruppe polar beschäftigt sich mit Kapitalismus und seinen Krisen. Ein Schwerpunkt ist unsere Kritik am rassistischen Populismus gegen die südlichen Länder Europas, an der deutschen Hegemonie in Europa und an der brutalen Rolle Deutschlands als Krisengewinnerin und Erzwiner der europäischen Austeritätspolitik. Wir haben uns mit den Möglichkeiten von Solidarität in der Krise auseinandergesetzt und solidarische Projekte, z.B. die selbstorganisierten solidarischen Kliniken in Griechenland mit Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Seit dem Sommer 2015 ist vor dem Hintergrund der menschenunwürdigen Unterbringung Geflüchteter ein zweiter Themenschwerpunkt »Recht auf Stadt für alle« dazugekommen. Wir sind in der Dresdner Föderation critique'n'act organisiert und mit dieser im kommunistischen Bündnis »...umsGanze!«.
<http://gruppe-polar.org/>

the future is unwritten (Leipzig)

the future is unwritten ging 2011 aus dem Organisationskreis der 1. Mai Kampagne in Leipzig hervor. Ziel der Gruppe war und ist es, linksradikaler Kritik und Praxis eine kontinuierliche Form zu geben und weiter zu entwickeln. Aus diesem Grund schloss sie sich 2012 dem kommunistischen ...umsGanze! - Bündnis an. Aktuell stellt sie sich dem Rechtsruck in all seinen Formen entgegen und arbeitet an Strategien gegen Nationalismus, Rassismus und Sexismus. Gleichzeitig stellt sie Überlegungen über eine postkapitalistische Gesellschaft an und arbeitet in und zu sozialen Kämpfen, um sie zu unterstützen und kritische Bewusstseinsbildung zu fördern.
<https://www.facebook.com/unwrittenfutureleipzig/>

Theorie Organisation Praxis Berlin (TOP B3rlin)

Die Gruppe TOP B3rlin ist das linksradikale Projekt gegen alles Böse in Berlin und Mitglied im antinationalen »...umsGanze!«-Bündnis sowie der antiautoritären Plattform Beyond Europe.
<https://de-de.facebook.com/TOPB3rlin/>

Undogmatische Radikale Antifa (URA)

Wir als Undogmatische Radikale Antifa machen seit 2011 kontinuierlich politische Arbeit. Bildete Antifaschismus lange unseren Themenschwerpunkt, versuchen wir zur Zeit unsere Arbeit in weiteren Aspekten linksradikaler Politik zu intensivieren. Reaktionäre Ideologien wie Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Nationalismus und viele mehr sind tief in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verankert. Eine Gesellschaft, in der Menschen nach ihrer Verwertbarkeit eingeteilt werden, in der jede*r unter Leistungszwang und Konkurrenz zueinander steht und in der Menschen aufgrund sozialer Konstrukte wie „Geschlecht“, „Rasse“ oder „Klasse“ diskriminiert werden, kann für uns nicht das „Ende der Geschichte“ sein. Der Spagat zwischen Kritik dieser Verhältnisse und einer daraus resultierenden Praxis einerseits, und gerade in Dresden und der sächsischen Provinz weiterhin notwendigen antifaschistischen Interventionen gegen die ekelhaftesten Auswüchse dieser Zustände andererseits, bildet den derzeitigen Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Seit 2015 sind wir in der lokalen Föderation critique'n'act und im kommunistischen Bündnis ...umsGanze! organisiert.
<https://uradresden.noblogs.org/>

